

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Bezugs-Gebühr in Dresden bei täglich zweimaliger Jutragung monatlich M. 3.—, oder durch die Post bei täglich zweimaliger Jutragung monatlich M. 35.—. Die 13paltige 32 mm breite Zeile Nr. 9.—, außerhalb Sachens M. 11.—, Familienanzeigen, Anzeigen unter Stellen- und Wohnungsmarkt, 13paltige Zeile und darüber 25% Zuschlag. Verzuggebühren laut Tarif. Unverzügliche Rückgabe gegen Voranschuldung. Einzelnnummer M. 2.—, Sonntagsausgabe M. 2.50

Verlagsort: Dresden. Verlags- und Druckerei: 25 241. Nur für Nachdruck: 20011.

Schriftleitung und Hauptredaktion: Marienstraße 38/40. Druck u. Verlag von Gieseler & Reichardt in Dresden. Postfach-Nr. 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutscher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

**Leinenhaus F. A. Horn** Ferdinandstr. 3  
Daunendecken — Steppdecken  
Bett-Wäsche — Leib-Wäsche — Tisch-Wäsche  
Lieferung vollständiger Ausstattungen in kürzester Zeit

**Konditorei Limberg**  
Prager Straße 10  
Eis — Eisgetränke

**Ernst Lange**  
Koffer- u. Taschenfabrik  
König Johannstr. Pinnacher-Platz

## Deutschlands Antrag auf Zahlungstundung.

### Die Rolle der Reichsregierung an die Reparationskommission.

Berlin, 12. Juli. Der Vorsitzende der Reparationskommission hat heute der Reparationskommission in Paris folgende Note der Reichsregierung überreicht:

Die deutsche Regierung hat bisher trotz schwerer wirtschaftlicher Bedenken, die sie bereits in der Note vom 23. Januar d. J. dargelegt hat, diejenigen Zahlungen bewirkt, die in den Entscheidungen der Reparationskommission vom 13. Januar und vom 21. März d. J. festgesetzt worden waren. Inzwischen haben sich die Verhältnisse veränderte. Am Mai 1921 war für die Erfüllung der deutschen Reparationsverpflichtungen ein Kurs von 60 M. für den Dollar anzuwenden, während der Kurs des Dollars im März 1922 auf 285 und am 7. Juli 1922 auf 500 M. gestiegen ist. Giebt man davon aus, daß von den Verpflichtungen nach dem Londoner Zahlungsplan vom 5. Mai 1921 nach den damaligen Verhältnissen ein Betrag von etwa 2 Milliarden Goldmark in Barleistungen gedeckt werden sollte, so hätte dieser Betrag, wenn es bei den damaligen Verhältnissen verblieben wäre, eine innere Deckung von rund 28 Milliarden Papiermark erfordert. Zur Erfüllung der nach der Entscheidung der Reparationskommission vom 21. März 1922 auf 700 Millionen Goldmark ermäßigten Barleistungen wäre nach den Verhältnissen vom März 1922 ein Betrag von 51,4 Milliarden Papiermark erforderlich gewesen, der unter Berücksichtigung der letzten Währungsverhältnisse nunmehr

auf 80 Milliarden Papiermark gestiegen ist. In dieser Summe treten die inländischen Devisenverpflichtungen des Reiches aus der Erfüllung des Vertrages von Versailles mit inbegriffen, nämlich rund 600 Millionen Goldmark, d. h. 66 Milliarden Papiermark. Möchte die deutsche Regierung unter diesen Umständen ausländische Zahlungsmittel für die ihr auf Grund des Vertrages von Versailles auferlegten Verbindlichkeiten weiterhin in einem Umlaufe beschaffen, der den bisherigen sich nähert, so würde die gegenwärtige Vermindung des Wertes der deutschen Papiermark rasch und unaufhaltsam fortschreiten und zu einer vollkommenen Zerrüttung des finanziellen, wirtschaftlichen und sozialen Lebens Deutschlands führen.

Die deutsche Regierung sieht sich deshalb außerstande, unter den gegenwärtigen Verhältnissen die weitere Leistung von Barzahlungen auf Grund der Entscheidung der Reparationskommission vom 21. März in Aussicht zu stellen. Die deutsche Regierung stellt daher im Hinblick auf den Art. 234 des Vertrages von Versailles den Antrag, ihr die nach der genannten Entscheidung während des Kalenderjahres 1922 noch fällig werdenden Barzahlungen zu tunen.

Was den am 15. Juli fälligen Betrag angeht, so vermindert sich dieser um mindestens 17 Millionen Goldmark, welche Deutschland im Hinblick auf frühere Leistungen anzurechnen sind. Den Restbetrag von 33 Millionen hat die deutsche Regierung zwar zur Verfügung, weil sie in den vergangenen Monaten gewisse Anläufe von Devisen hat bewirken können und weil im Monat Juli nach dem Stande der Abrechnung eine Zahlung für das Ausgleichsjahr nicht zu bewirken ist. Der genannte Betrag würde der deutschen Regierung aber fehlen und sie müßte ihn sich zu dem heutigen Kurs erneut beschaffen, sobald sie die in den nächsten Monaten eintreffenden ausländischen Getreidemengen zu bezahlen hat. Die deutsche Regierung muß auf diese Wege um so mehr hinweisen, als sie in den letzten Wochen zusammen mit der Reichsbank bedeutende Mittel verwendet hat, um den Kurs der Mark anzuhalten. Unter diesen Umständen empfiehlt die deutsche Regierung, ihr den erwähnten Betrag zu belassen.

### Bei dem ungeheuren Ernst der gegenwärtigen Lage

wird es für die deutsche Regierung nur dann möglich sein, das Gleichgewicht in den sozialen Verhältnissen und in den Finanzen Deutschlands herzustellen, wenn sie die Unterstützung der Reparationskommission findet.

Die deutsche Regierung ist sich nicht im Zweifel darüber, daß zur Wiederherstellung des Marktkurses alsbald Maßnahmen erforderlich sind, die über das Jahr 1922 hinausreichen, und sie hält es daher für unerlässlich, daß Deutschland auch für die Jahre 1923 und 1924 von Barzahlungen aus dem Zahlungsplan 1921 befreit wird.

Die von der deutschen Regierung erbetene Entscheidung wird nur dann ihren Zweck erreichen, wenn darin auch die Anhebung der eigentlichen Reparationsverpflichtungen liegenden Vorken aus dem Vertrage von Versailles, soweit sie in fremden Zahlungsmitteln fällig werden, angemessene Berücksichtigung finden. Hierzu gehören lediglich die Verpflichtungen der deutschen Regierung, die ihr durch die Ausführung des Abschn. 4 zu Teil 10 des Vertrages von Versailles erwachsen. Auch für die Durchführung der Vereinbarungen, die am 10. Juli 1921 hinsichtlich der deutschen Zahlungen aus dem Ausgleichsverfahren getroffen worden sind, gelten die gleichen Gründe, die es der deutschen Regierung unumgänglich machen, die aus der Entscheidung vom 21. März 1922 sich ergebenden Zahlungsverpflichtungen auszuführen. Die deutsche Regierung wird

sich deshalb wegen einer anderweitigen Regelung dieser Ausgleichszahlungen an die beteiligten Regierungen wenden. Sie wird der Reparationskommission alsbald diesen Antrag mitteilen und sie bitten, auch ihrerseits den Antrag bei den betreffenden Regierungen zu unterstützen.

Die Entwicklung des Marktkurses in der letzten Zeit, die mit der Vertagung der Verhandlungen des Anleihekomitees begonnen hat, macht eine alsbaldige vorläufige Regelung der Barzahlungen notwendig, da die Unterbrechung durch eine höhere Anleihe nicht eingetreten ist. Die deutsche Regierung bittet daher, über ihren Stundungsantrag mit größter Beschleunigung Entscheidung zu treffen und sie hofft, daß eine solche Entscheidung der Wiederaufnahme der Anleiheverhandlungen förderlich sein wird. (W. T. V.)

Berlin, 12. Juli. Wenn in dieser Note ein formeller Unterschied zwischen den Reparationszahlungen des Jahres 1922 und den Barzahlungen von 1923 und 1924 gemacht worden ist, so beruht dies darauf, daß die Barzahlungen für das Jahr 1923 der Höhe nach bereits feststehen. Sie betragen nach der Entscheidung der Reparationskommission vom 21. März 1922 noch 320 Millionen Goldmark, während für die Jahre 1923 und 1924 die im Londoner Zahlungsplan vorgesehene Gesamtjahresleistung noch nicht nach Barzahlungen und Sachleistungen getrennt sind. Bezüglich der Fälligkeit geht aus der Note hervor, daß die dafür erforderlichen Devisen an sich bereit liegen. Es ist aber im Hinblick auf die gespannte Devisenlage gebeten worden, von der Ausbezahlung dieser Devisen jetzt abzusehen und sich die Fälligkeiten schon in das Moratorium mit einzubringen. In der Note ist ferner zum Ausdruck gebracht worden, daß eine Regelung allein der Reparationsbarzahlungen nicht ausreicht, um die notwendige Entlastung auf dem Devisenmarkt zu bringen, es müßte vielmehr auch für die sonstigen Zahlungen aus dem Friedensvertrag und a. B. die Verpflichtungen aus dem Clearingverfahren eine andere Regelung getroffen werden. Da für diese sonstigen Zahlungen die Reparationskommission nicht zuständig ist, wird im Hinblick auf die Moratoriumsnote eine ergebende Note an die beteiligten Regierungen gerichtet werden. (W. T. V.)

### Rückkehr des Reichspräsidenten nach Berlin

(Drahtmeldung aus der Berliner Schriftleitung.) Berlin, 12. Juli. Wie von parlamentarischer Seite mitgeteilt wird, will der Reichspräsident am 13. Juli nach Berlin zurückkehren. Er wird dabei einen besonderen Wunsch des Reichskanzlers. Wie verlautet, sollen die Sozialdemokraten nach einer heute im Reichstag stattfindenden Besprechung mit den Gewerkschaften, wobei diese das Schlußwort für die Sozialdemokraten erklärten, dem Reichskanzler gegenüber erneut betont haben, daß sie an einer Erweiterung der bestehenden Koalition nach links unbedingt festhalten müßten.

### Frankreichs Unnachgiebigkeit.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.) Berlin, 12. Juli. Die Verhandlungen in Paris wegen eines Moratoriums sind, wie wir hören, in ein kritisches Stadium getreten. Pressemeldungen über eine nachgiebige Haltung werden als irrig bezeichnet. Nach den letzten in Berlin eingelaufenen Nachrichten sieht sich Frankreich unachgiebig, so daß die Lage zurzeit in Berlin ernstlich beurteilt wird.

### Graf Verchenfeld über Demokratie und Republik.

München, 12. Juli. Ministerpräsident Graf Verchenfeld hielt gestern unter fürmlichem Vorfall im Bezirksverband der katholischen Gewerksvereine eine Rede über Demokratie und Republik. Er sagte dabei, die Republik bedürfe mehr als jede andere Staatsform einer richtig ausgebauten Demokratie. Man könne sagen, daß eine Republik ohne richtige Demokratie nicht bestehen kann, wenn man auch noch so viele Vorteile zum Schutze der Republik mache. Darin liege das Entscheidende. Die Frage sei, ob wir es erreicht haben, daß auch in der deutschen Republik dieser Weg gegangen werde. Er müsse das selber verkennen, in einem Augenblick, wo wir wieder durch den Gang der Ereignisse in politische Streitigkeiten und Wirren geworfen seien, die am Bestand unseres Staates und an der Freiheit unseres Verfassungslebens rütteln und es ins Schwanken und Stürzen zu bringen drohen. Der Ministerpräsident schloß seine Ausführungen mit folgenden Worten: Wenn es uns in Bayern gelingt, Maß zu halten im politischen Leben und uns gegen jede Wahlofschaft zu wenden, wie sie uns heute in Zeitungen, Volksversammlungen und im Wirtschaftsleben begegnet, dann werden wir in Bayern aufpflanzen das blaue weiße Banner einer echten Demokratie zum Wohle des Volkes und des ganzen Reiches.

### Abbruch der Verhandlungen im Haag?

London, 12. Juli. Reutersbureau erzählt aus dem Haag: Der Präsident der Konferenz teilte mit, daß es infolge der von Rußland eingenommenen Haltung nutzlos sei, die Verhandlungen fortzusetzen. (W. T. V.)

### Soll und Haben in Kohle.

Zu einer der Hauptquellen unseres wirtschaftlichen Elends steigt man hinab, wenn man der deutschen Kohlenlage in ihrer letzten Bekämpfung und nächsten Zukunft nachgeht. Vor etwa Jahresfrist bestand eine gewisse Hoffnung, daß die ärgste Kohlennot überwunden und eine erleichterte Versorgung im Anzuge sei. Aus solchen Träumen, die zu schön waren, um wahr zu sein, wurde das arme, gequälte deutsche Volk höchst unanständig gerüttelt. Die erste Enttäuschung brachte der ungewöhnlich lange und harte Winter; sie wurde als Bille einer höheren Macht, deren Willen menschlicher Erkenntnis und Einwirkung entrückt ist, mehr oder weniger geduldig hingenommen. Ganz anders waren naturgemäß die Entdeckungen bei den anderen Heimfahrungen, die uns Schlag auf Schlag trafen: das Gebot der Entente, das uns die Lieferung stark erhöhter Mengen Koks und Feinkohles auferlegte, und der Verlust Oberschlesiens, der das Reich des fünften Teiles seiner Gesamtkohlenförderung beraubte. Die Kohlennot, weiter verschärft durch die im Bereiche der Vorkriegszeit noch immer weit geringere Förderung, hat einen solchen Grad erreicht, daß die Reichsbahnen und die Industrie in beträchtlichen Mengen englische Kohle verwenden müssen, ja, daß die Reichsregierung, um nicht wichtige Industriebetriebe dem Schicksal der Arbeitslosigkeit preiszugeben, an die Reparationskommission das Ersuchen gerichtet hat, die rückständigen Lieferungen für Juni und Juli in englischer Kohle bewirkt zu können. Bei dem derzeitigen Stand der deutschen Valuta ist dies ein geradezu verzweifelter, in wirtschaftlichem Betraute der allerwichtigste Schritt; es bleibt aber kein anderer, und es muß das Neueste getan werden, um der deutliche erkennbaren Absicht Frankreichs, die deutsche Industrie auf den Stand kümmerlichen Vegetierens hinabzudrücken, so lange und wirksam als irgend möglich entgegenzuarbeiten.

Ob dieser Weg an dem Ziele führt, die Gegenstände endlich erkennen zu lassen, daß das bisherige Lieferungs-soll von nahezu zwei Millionen Tonnen schlechterdings nicht aufrechterhalten werden kann, steht dahin. Möglicherweise werden aber neue Festsetzungen in der Lieferfrage, die in der laufenden Woche in Paris angenommen worden sind, einen Ausweg bringen. Jedenfalls aber ist vor aller Welt der Beweis geführt, daß Deutschland in seiner letzten beschränkten und bedrännten Wirtschaftsverfassung völlig außerstande ist, die von ihm verlangten Leistungen tatsächlich auszuführen. In welchen widerwärtigen Zuständen die auswärtige Durchführung des bisherigen Programms führt, liegt ebenfalls für jeden, der sehen will, klar auf der Hand. In der Denkschrift über die Kohlenlage, die die Reichsregierung der Reparationskommission im Hinblick auf die bevorstehenden Verhandlungen und als Unterlage des für Mitte August in Aussicht genommenen neuen Kohlenlieferungsprogramms überreicht hat, ist auf diese Folgen eines unbetri durch die tatsächlichen Verhältnisse durchgeführten Prinzipals am Schluße hinabgewiesen: Lieferung von deutscher Kohle auf Reparationskonto nach Rotterdam und Vereinbarungen von englischer Kohle derselben Sorte auf demselben Konten für die rheinisch-westfälische Industrie und den übrigen deutschen Verbrauch. Nur eine tiefertraurige, für die Gegenstände aber eine überaus peinliche Feststellung, denn sie entlarvt jene Denkschrift, die den Verhältnissen Charakter des Versailles Vertrages abzunehmenden suchen, schonungslos vor aller Welt!

Damit ist uns aber nicht geholfen, und nach den bisherigen Erfahrungen mit der Handhabung des Versailles Vertrages müßte geradezu ein Wunder geschehen, wenn die in der deutschen Denkschrift angemeldeten Wünsche für eine Ermäßigung des Lieferprogramms um etwa ein Drittel und der Hinweis auf eine gleichmäßigere, den Bedürfnissen des deutschen Wirtschaftslebens besser entsprechende Verteilung der Kohlenarten Berücksichtigung finden sollten. Wirklich zuverlässige und nachhaltige Hilfe haben wir vielmehr nur von der eigenen Einsicht, von der eigenen Entschlossenheit und Tatkraft zu erwarten. Man sollte meinen, daß diese Eigenschaften selbstverständlich vorhanden wären und belätigt würden. Denn die Tatsachen reden eine andringlich ernste Sprache, die jeder hören und verstehen muß. Andauernder Kohlenmangel bedingt für weite Kreise unserer Wirtschaft Betriebseinschränkungen, vielfach gänzlichen Stillstand und Arbeitslosigkeit. Englische Kohle verteuert die Produktion maßlos, schafft neue Unstetigkeit in der Wirtschaft infolge der Valutaschwankungen und steigert das Bedürfnis nach erhöhter Kaufkraft, die nur durch vermehrte Nivelpumpen wertloser Geldzettel in den Wirtschaftskörper künstlich beschafft werden kann. Die unausbleiblichen Folgen sind: weitere Geldentwertung, beschleunigte Verzehrung und Verelendung.

In dieser jammervollen Lage, angesichts eines Verhängnisses, das die Bevölkerung in ihrer Gesamtheit bedroht, Arbeiter und Unternehmer ebenso wie Beamte, Angestellte, Klein- und Sozialrentner usw., die sich sämtlich auf eine maßlose Verteuerung der Brennstoffe gefaßt machen müssen, in so ungeheurer, auf den Regeln brennender Not rufen der Alte Bergarbeiterverband und andere sozialdemokratische Gewerkschaften die Ruhrberate zu Hilfe.

# Die Einzelberatung des Schutzgesetzes im Reichstag.

(Druckmeldung unserer Berliner Schriftleitung)

Berlin, 12. Juli. Die Interpellation Dr. Stresemann (Vollsp.) über die Tumulte in Wetzlar wird, wie der Reichsjustizminister mitteilt, in der nächsten Sitzung beantwortet werden. — Auf der Tagesordnung steht dann der Beschlussesatz zur Regelung der Angelegenheiten der sozialen Versicherung und des Arbeiterrechts bei der Durchführung des Berliner Vertrags. Die Vorlage wird angenommen.

## Dann wird die zweite Lesung des Gesetzes zum Schutze der Republik

fortgesetzt. Zunächst findet die Abstimmung über den grundlegenden § 1 statt. Dieser lautet:

Wer an einer Vereinigung oder Versammlung teilnimmt, zu deren Bestrebungen es gehört, Mitglieder einer republikanischen Regierung des Reiches oder eines Landes durch Tod zu beseitigen, wird mit Zuchthaus nicht unter fünf Jahren oder mit lebenslangem Zuchthaus bestraft. Ist im Verfolg dieser Bestrebungen eine Tötung begangen oder versucht worden, so wird jeder, der zurzeit der Tat an der Vereinigung oder Versammlung beteiligt war und ihre Bestrebungen kannte, mit dem Tode oder mit lebenslangem Zuchthaus bestraft.

§ 1 wird mit großer Mehrheit angenommen. Das gegen stimmten nur einige Deutschnationale und die Bayerische Volkspartei.

Rach § 1a wird derjenige, der an einer geheimen Verbindung teilnimmt, mit Zuchthaus bestraft, wenn die Verbindung eine in § 1 genannten Bestrebungen verfolgt.

Abg. Cöhnne (Stomm.) beantragt ausdrücklich, auch jede monarchistische Agitation mit Zuchthaus zu bestrafen, ebenso Bestrebungen, die die Gewalt Herrschaft einer Offizierskamarilla herbeiführen sollen. Redner verlangt die ausdrückliche Zustimmung des Justizministers, daß das Gesetz nicht gegen links angewendet werde. Der Reichsjustizminister hat behauptet, daß der Feind rechts stehe. In dieser Vorlage merke man aber nichts davon. § 1a wird unverändert angenommen.

Rach § 1b bleibt ein Teilnehmer strafbar, wenn er Anzeige erstattet. Wer von dem Dasein einer solchen Verbindung oder von einem Vorhaben Kenntnis hat, wird mit Zuchthaus bestraft (§ 1a), wenn er es unterläßt, Anzeige zu erstatten. Diese Vorschrift findet keine Anwendung, wenn die Anzeige von einem Beschäftigten bei Ausübung der Seelsorge hätte erstattet werden müssen. Straffrei bleiben Bewandte auch in absteigender Linie und Ehegatten, wenn sie sich nach Kräften bemüht haben, den Täter von der Tat abzuhalten. Ein Antrag Dr. Stresemann, dem Seelsorger die Kerne und Redaktionsräume gleichzustellen, wird abgelehnt. Ueber einen weiteren Antrag Stresemann, auch Gewalttäter unter denselben Voraussetzungen straflos zu lassen wie Ehegatten usw., wird durch Stimmensprung abgelehnt. Der Antrag wird 200 gegen 188 Stimmen abgelehnt. Dafür stimmten die Rechtsparteien, das Zentrum und die Demokraten.

Rach § 2 wird mit Gefängnis von drei Monaten bis zu fünf Jahren bestraft, wer gegen republikanische Regierungsmitglieder Gewalttätigkeiten begeht oder dazu auffordert, wer öffentlich Verleumdungen gegen Regierungsmitglieder ausspricht, wer solche Taten verherrlicht oder begünstigt, wer an staatsfeindlichen Verbindungen teilnimmt, wer von vorübergehenden Wölfen Kenntnis hat und nicht Anzeige erstattet. Auch hier beantragte Abg. Cöhnne ausdrücklich, die monarchistische Agitation in diese Strafbestimmungen einzubeziehen.

Angenommen wurden weitere Anträge Marx (Centr.) und Peterlen (Dem.), wonach bezüglich der Verheimlichung von Waffenlagern Vermandte auf, obersteigender Linie, Geschwister oder Ehegatten nicht bestraft werden sollen, wenn sie keine Anzeige erstatten. Dasselbe gilt für Weibliche, Rechtsanwältin und Ärzte. Ebenfalls angenommen wurde ein Antrag Dr. Stresemann (D. Sp.), der eine klarere Fassung der Bestimmungen herbeiführt. In der Gesamtabstimmung wurde § 2 im Hainmelsprang mit 232 gegen 147 Stimmen angenommen.

Rach § 2a wird mit Gefängnis bis zu fünf Jahren bestraft, wer öffentlich die republikanische Staatsform und die Reichs- oder Landesfarben beschimpft. § 2a wurde in der Fassung der Vorlage angenommen. Ebenso § 3, wonach dem Verurteilten im Urteil der Aufenthalt in bestimmten Teilen oder auf bestimmten Orten des Reichs auf die Dauer bis zu fünf Jahren anzuweisen werden kann. Gegen Ausländer ist auf Ausweisung aus dem Reichsgebiet zu erkennen. Angenommen wurde auch § 4, wonach Verurteilte der öffentlichen Rechte verlustig gehen.

## Rach § 5 wird beim Reichsgericht ein Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik

errichtet. Der Gerichtshof besteht aus sieben Mitgliedern, von denen zwei Mitglieder des Reichsgerichts sind. Es können jedoch, vom Vorsitzenden abgesehen, auch andere festgestellte ordentliche Richter ernannt werden. Die übrigen fünf Mitglieder brauchen nicht die Fähigkeit zum Richteramt zu haben. Die Mitglieder werden vom Reichspräsidenten ernannt.

Ein Antrag Emminger (Napr. Sp.) lehnt den Staatsgerichtshof als Ausnahmegerichtshof ab. Es sei ein unzulässiger Zustand, daß die Richter von der Regierung ernannt werden. Außerdem bedeute der Staatsgerichtshof einen schweren Angriff auf das Reichsgericht. — Abg. Hamm (Dem.) erklärt in der Aussprache, daß die Befugnisse des Staatsgerichtshofes zu weit gehen. Das höchste Gericht müsse das Reichsgericht bleiben. Für ein Vorgehen gegen die Verordnungen könne allerdings keine Schärfe scharf sein. Auf einen Zuruf der Linken, Ludendorff aus Deutschland zu schaffen (!), erklärte der Redner, er wüßte nicht, auf Grund welchen Gesetzes man in der Lage sein sollte, Ludendorff aus München auszuweisen. Auch in München gäbe es viel Unrecht an Treue, Verehrung und Staatsgefälligkeit, das man nicht erklären solle.

Reichsjustizminister Dr. Radbruch führte aus, daß der Staatsgerichtshof nicht gegen die Reichsverfassung verstoße. Er habe zum Reichsgericht vollstes Vertrauen. Ob der Staatsgerichtshof aber beim Reichsgericht eingerichtet werde oder nicht, sei eine bloße Einkleidungsfrage. Die Mitwirkung von Reichsrat und Reichsgerichtspräsident dürfe nicht zu einem geschlechtlich fundierten Vorschlagsrecht ausarten. Die Initiative müsse beim Reichspräsidenten liegen. — Abg. Rosenfeld (L. Sp.) tritt dafür ein, zum öffentlichen Ankläger einen besonderen Kommissar zu ernennen.

Reichsjustizminister Dr. Radbruch erklärte gegenüber Angriffen des Abg. Rosenfeld auf den Oberstaatsanwalt Obermeyer, daß dieser mit vollem Bewußtsein auf dem Boden der Republik stehe und das Vertrauen der Republik verdiene. — Abg. Dr. Veit (A.) wandte sich gegen die Behauptung, daß es sich bei dem Staatsgerichtshof um eine Verfassungsänderung handle. Schon durch die Angliederung an das Reichsgericht sei diese Behauptung hinfällig.

Bei der Abstimmung wurde ein Antrag Marx (A.) und Peterlen (Dem.) gegen die Deutschnationalen angenommen, nach dem der Staatsgerichtshof aus drei Mitgliedern des Reichsgerichts und drei Laienmitgliedern besteht. § 5 blieb im übrigen unverändert. § 6, der die Zuständigkeit des Staatsgerichtshofes regelt, blieb im wesentlichen ebenfalls unverändert. Rach § 7 können Verordnungen usw. verboten werden, wenn bestimmte Tatsachen vorliegen, die die Befugnisse rechtfertigen, daß in ihnen Erörterungen stattfinden, die den Zustand einer der in den ersten Paragraphen bezeichneten Verbände bilden. Sachverhandlungen fallen nicht unter dieses Gesetz.

Abg. Dr. Gemmler (D. R.) lehnte die Bestimmungen ab, die sich gegen die Bestimmung richteten. Den Bestimmungen gegen Arbeiter stimme er zu. Dieses Gesetz sei in erster Linie gegen die Deutschnationale Partei gerichtet. Die Folgen dieser Orge gegen rechts machten sich bereits bemerkbar. In Marienburg wurde die Frau eines Schriftleiters erschossen, in Landsberg a. d. W. ein Mordversuch auf einen Angehörigen des Reichshandels unternommen. Redner erklärte, er wolle keine Anklagerede halten, aber wenn der verantwortliche Leiter der Regierung in so unverantwortlicher Weise erkläre, der Feind stehe rechts, müsse man ihn auf die Folgen des unglückseligen Ausdrucks aufmerksam machen. Die Gesetze werde einst über diese Tage das richtige Urteil fällen. Die Regierung solle erklären, ob sie die durch die Verfassung gewährtesten Rechte schätzen wolle, ob sie verfassungswidrig oder verfassungsmäßig regieren wolle. Die deutschnationalen Kreise würden sich von ihrem Recht, politisch sich zu betätigen, nicht abbringen lassen. Sie würden ihren auf dem Boden der Verfassung stehenden Weg weiter gehen. (Zustimmung rechts.) Wir werden, erklärte der Redner zum Schluß, uns von unserem Bekenntnis zu den angestammten deutschen Fürstentümern niemals abhalten lassen. (Lebhafter Beifall rechts.) Wir werden weiter unsere nationalen Ansichten vertreten, die allein unserem armen Volke Rettung bringen können. (Erneuter lebhafter Beifall rechts.)

Reichsminister Dr. Röder erklärte, daß das Gesetz aus Rücksicht auf die Länder aufgebaut sei, daß der Innenminister kein Recht habe, von sich aus in die Dohelt der Länder einzugreifen, Reaktionen oder Versammlungen zu verbieten. — § 7 blieb unter Abänderung aller Abänderungsanträge unverändert. Rach § 8 sind außerdem für Maßnahmen gegen Vereinigungen die Landesbehörden. Auch dieser Paragraph wurde unverändert angenommen. Entsprechend einem Antrag Marx (A.) und Dr. Peterlen (Dem.) wurde folgender § 8b eingefügt: Mit Gefängnis, neben dem auf Geldstrafe bis zu 1 Million Mark erkannt werden kann, wird bestraft, wer nichtverbotene Versammlungen mit Gewalt oder durch Drohung mit Gewalt fördert oder ihre Abhaltung verhindert. Dem vom Ausschuss gestrichenen § 13, monoch

Mitglieder vormalig landesherrlicher Familien, wenn sie sich auf Grund dieses Gesetzes strafbar machen, durch Beschluß der Reichsregierung aus dem Reichsgebiet ausgewiesen werden können, beantragte Abg. Frau Wüll (Soz.) wieder herzustellen. Sie forderte weiter einen § 14a, wonach 25 Jahre lang Mitglieder der entthronten Familien nicht als Reichspräsidenten, Staatspräsidenten und Regierungsmitglieder gewählt werden können.

Abg. Dr. Rahl (D. Sp.) beantragte, auch den § 14 zu streichen, der bestimmt, daß Mitgliedern der vormalig landesherrlichen Familien, wenn sie ihren Aufenthalt im Ausland haben, das Betreten des Reichsgebietes untersagt oder der Aufenthalt auf bestimmte Orte des Reichs beschränkt werden kann, falls die Befugnis gerechtfertigt ist, daß andernfalls das Wohl der Republik gefährdet wird. Der Redner erklärte unter dem schallenden Beifall der Linken, als verfassungsmäßiger Republikaner müsse er feststellen, daß man diesen Paragraphen nur zweier Personen halber, des früheren Kaisers und des früheren Kronprinzen, wegen ins Gesetz gebracht habe. Man wolle einer Rückkehr des ehemaligen Kronprinzen vorbeugen. Es sei aber eine Grausamkeit unerbittlicher Art, wenn man ihn überhaupt die Möglichkeit nehme, wieder in die Heimat zurückzukehren, wenn man ihm sein natürliches Menschenrecht auf die Dauer entziele, mit den Seinigen vereint zu sein, die Erziehung seiner Söhne selbst zu leiten. Er habe ein unentziehbares Anrecht auf deutsche Erde. (Beifall rechts.) Er würde zweifellos ein arbeitsamer friedlicher Bürger werden, der vielen als Vorbild dienen könnte.

Innenminister Dr. Röder erklärte, daß die Regierung den § 14 nicht aus einem Gefühl der Rache oder Angst vorschlage, sondern von humanen und namentlich auhenpostischen Erwägungen sich dabei leiten lasse. — § 13 blieb gestrichen. § 14 wurde aufrechterhalten und in der Ausschussfassung angenommen. Die Einfügung eines § 14a wurde abgelehnt. Auch der Rest des Gesetzes wurde unverändert angenommen. Es tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft. — Ein Antrag Gildemeister (D. Sp.), das Gesetz nicht für fünf, sondern für 3 Jahre gelten zu lassen, wurde abgelehnt. Nachdem noch Abg. Alpers (Deutsch-Dann.) eine Erklärung abgeben hatte, in der er den Ausnahmeharakter des Gesetzes behauptete, daß nicht zur Beruhigung beitragen werde, und dem die Deutsch-Dannover'sche Partei nicht zustimmen könne, war die zweite Lesung des Schutzgesetzes erledigt.

Das Haus vertagte sich auf Donnerstag, 2 Uhr: Annahmestunde; Nationalkassiererei; Arbeitsnachweisgesetz.

## Die Beamtengeheimnovele im Rechtsauschuss

Berlin, 12. Juli. Im Rechtsauschuss des Reichstages wurde bei der weiteren Beratung des Gesetzesentwurfes über die Pflichten der Beamten zum Schutze der Republik nach ausführlicher Aussprache auch der in das Reichsbeamten-gesetz neu einzufügende § 10a angenommen. Er lautet: Der Reichsbeamte ist verpflichtet, in seiner amtlichen Tätigkeit für die verfassungsmäßige republikanische Staatsgewalt einzutreten. Er hat alles zu unterlassen, was mit seiner Stellung als Beamter der Republik nicht zu vereinigen ist. Insbesondere ist ihm untersagt, 1. sein Amt oder die ihm kraft seiner Stellung zugänglichen Einrichtungen für Bestrebungen zur Aenderung der verfassungsmäßigen republikanischen Staatsform zu missbrauchen. 2. Bei Ausübung der Amtstätigkeit oder unter Mißbrauch seiner amtlichen Stellung über die verfassungsmäßige republikanische Staatsform, die Reichsflagge oder über die verfassungsmäßigen Regierungen des Reichs oder eines Landes zur Befundung der Mißachtung Äußerungen zu tun, die geeignet sind, sie in der öffentlichen Meinung herabzusetzen. 3. Bei Ausübung der Amtstätigkeit oder unter Mißbrauch seiner amtlichen Stellung auf die ihm unterstellten oder zugewiesenen Beamten, Angestellten und Arbeiter, Zöglinge oder Schüler im Sinne einer Herabsetzung der verfassungsmäßigen republikanischen Staatsform oder der verfassungsmäßigen Regierungen des Reichs oder eines Landes einzuwirken. 4. Solche Handlungen nach Nr. 1 bis 4 der vorgedachten Art bei dienstlich unterstellten Personen zu dulden. Die Abtinnung erfolgte abschließend. Die Annahme der einzelnen Abschnitte erfolgte mit wechselnder Mehrheit. Im ganzen betrachtet, kam die Annahme des § 10a auch mit Zustimmung der Deutschen Volkspartei zustande.

## Die Ausfichten im Ruhrgebiet.

Essen, 12. Juli. Bekern begannen in Essen unter Vorsitz des Reichsarbeitsministers zwischen dem Arbeiterverband und den Vertretern der Bergarbeiterorganisationen neue Verhandlungen zur Beilegung der Differenzen innerhalb der Arbeitsgemeinschaft im Ruhrgebiet. Diese Differenzen haben dazu geführt, daß die Bergarbeiterverbände, mit Ausnahme des Christlichen Gewerkschafts, zur Vorbereitung des Bergarbeiterausstandes die Vereinigten anfordern haben, bis keine Kandidaten formell angetreten sind, auf Grund deren die Organisationen dann am 12. Juli Wahlen abhalten wollen. In August einreichen wollen, weil nach ihrer Meinung keine Möglichkeit vorhanden sei, auf dem Wege der Verhandlungen die Forderungen der Bergarbeiterverbände durchzusetzen. Nach dem bisherigen Verlauf der Verhandlungen, in denen von beiden Seiten gewisse Zugeständnisse gemacht wurden, rechnet man damit, daß sich eine Einigung in den kritischen Wochen und Tariffragen ergeben werde.

Änderung des Arbeitsverhältnisses auf. Nach Meldung des „Vorwärts“ ist die Abgabe der Änderungsscheine bereits in vollem Gange und am 11. Juli soll eine Konferenz über das weitere Vorgehen beschluß fassen. Es gäbe vielleicht noch eine Möglichkeit, das drohende Unheil abzumildern, wenn nämlich die Verhandlungen über den Rahmenvertrag, die am 11. Juli vor dem Reichsarbeitsminister begonnen haben, zu einem annehmbaren Ergebnis führten. Der Rahmenvertrag steht insofern im Mittelpunkt der Schwierigkeiten, als durch ihn nach den Wünschen der Bergarbeiter der Kohlenbergbau ein Ende gemacht und eine sehr bedeutende Lohn-Steigerung für die Untertagsarbeiter erzielt werden soll. Die unaussprechlichen Folgen wären Rückgang der Förderung, Steigerung der Kohlenpreise, Verteuerung des gesamten Wirtschaftsprozesses. Ueber 4 Millionen Bergleute stehen hinter diesen und anderen Forderungen, die unter Ausnutzung der bestehenden furchtbaren Notlage ausgeföhrt werden sollen. Die Sache, um die der Kampf geht, und die Zahl der Beteiligten geben eine Vorstellung von der Größe des Kampfes, der sich vorbereitet.

Der Standpunkt des seiner Verantwortlichkeit bewußten bergbaulichen Unternehmertums ist klar gegeben durch die Gewissheit, daß die neuen gewaltigen Kosten, die bei Erfüllung der Ansprüche der Bergleute entstehen, nur getragen werden können, wenn gleichzeitig eine gesteigerte Produktion eintritt und jede Veranlassung von Arbeits- und Lohnfragen mit anderen politischen Forderungen und mit organisatorischen Bedürfnissen vermieden wird. Der alte Bergarbeiterverband will aufschneidend gleich ganze Arbeit machen und u. a. in neuen, größere Rechte und Freiheiten bringenden Richtlinien zum Betriebsrätegesetz, die dann allgemeingültig werden sollen, für die gesamte Arbeiterschaft neue Wachposten erobern. — Kampferfolge, die ihm selbst eine Befestigung seiner Stellung und erhöhten Ansehen verschaffen sollen. Es kann aber auch anders kommen. Der Kampf, der auf beiden Seiten mit größter Zähigkeit geführt werden würde, könnte mit dem Entzweien neuer Organisationen an Stelle des innerlich vielfach gespaltenen alten Bergarbeiterverbandes enden.

Wie es aber auch kommt, am härtesten betroffen wird die Gesamtheit der Kohlenverbraucher, die ohnehin mit schweren Verunsicherungen zu rechnen haben und, wenn es zum Kampfe kommt, diese Not bis ins Innerste fühlen werden. Der Gedanke an ein Schiedsgericht liegt nahe, er muß aber aufgegeben werden, wenn jede Ueberarbeit seitens der Bergleute grundsätzlich abgelehnt wird. Ein Schiedsgericht könnte zugunsten der Forderungen der Bergarbeiter nur entscheiden, wenn gegenüber den gewaltigen Plethoren, die der Volkswirtschaft aufgebürdet werden sollen, ein angemessener Ausgleich geboten wird. Nur ein solcher Schiedsgericht, der vielleicht noch in zwölf Stunden die neue schwerste Heimtücke mit ihren unabsehbaren Wirtschaftsschädigungen abwenden kann — vorausgesetzt, daß nicht der Ausgang des Kampfes um das Gesetz für den Schutz der Republik alle Berechnungen und Hoffnungen über den Frieden wirft —, könnte auf Gerechtigkeit und auf Wahrung der Erfordernisse der Gesamtwirtschaft der Nation Anspruch erheben.

## Die weitere Verfolgung der Rathenau-Mörder.

Berlin, 12. Juli. Ueber die Verfolgung der Mörder Rathenaus erfahren wir amtlich: Nach neueren Mitteilungen wurden die Täter in Richtung Genhien gesehen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß sie versucht werden, nach Berlin zu gelangen, um vielleicht dort ihre finanziellen Verhältnisse aufzubessern. Es ist daher nötig, daß alle Bewohner der Gegend zwischen Genhien und Berlin sich Personen, die den beschriebenen Mördern gleichen, genau ansehen und alles abhakte tun, um die Flüchtigen zu ergreifen. (W. T. B.)

Berlin, 12. Juli. Nach einer Meldung aus Magdeburg wurden die beiden Mörder am 10. Juli, nachmittags, zwischen 4 und 6 Uhr in der Nähe von Berlin von einem Arzt genau erkannt. Sie hatten eine Landkarte in der Hand, die sie eifrig studierten. Nach der Bekräftigung, die der Arzt von den beiden gab, kann es sich nur um die geflüchten Mörder handeln. Sie fielen besonders durch ihr schwebes Benehmen auf.

Berlin, 12. Juli. Die polizeiliche Untersuchung gegen die in Haft befindlichen Vetter und Mütter am Rathenau-Mord ist abgeschlossen. Von ihnen werden jetzt bereits folgende Personen dem Untersuchungsrichter vorgeführt: 1. der 27jährige Ernst Werner Lechow, 2. dessen Bruder, der 17jährige Heinz Gerhard Lechow; 3. der 27jährige Wilhelm Günther; 4. der 27jährige Fritz Rüchensmeier; 5. der 20jährige Werner Boh; 6. der 27jährige Richard Schütt; 7. der 17jährige Christian Niekman; 8. der 27jährige Heinz Pauenhein; 9. der 27jährige Kurt Steinebe; 10. der 27jährige Erich Wade; 11. der Schüler Heinz Stubenrauch; 12. der Kapitänsleutnant Manfred v. Killinger; 13. Waldemar von Gaugich; 14. Wilhelm Ehrentraut; 15. Richard Geinge; 16. der 20jährige Franz Diekel. Während Ellinger, Gaugich, Ehrentraut und Geinge vorläufig auf freien Fuß gesetzt worden sind, wurden die anderen zwölf Personen in das Untersuchungsgefängnis übergeführt. Gegen diese ist jetzt die Voruntersuchung eingeleitet worden. Bei den genannten Personen hatte schon die polizeiliche Ermittlung die unbedingte Mittäterschaft oder mindestens die unbedingte Begünstigung einwandfrei festgestellt. Vollig klar erwießen wurde aber ihre Beteiligung am Mordkomplott, als Ernst Werner Lechow, unter dem Druck des Befragungsmaterials und durch das Bitten seiner Mutter erweicht, ein volles Geständnis ablegte. Die Untersuchung gegen Kapitänsleutnant v. Killinger ist dem Untersuchungsrichter des Staatsgerichtshofes überwiesen worden.

## Mordanschlag auf einen rechtsstehenden Redakteur.

Die Gattin des Redakteurs erschossen. Berlin, 12. Juli. Die Gattin des Schriftleiters der rechtsstehenden „Marienburger Zeitung“, Frau Dr. Reil, ist gestern nacht durch einen Schuß von der Straße durchs Fenster getötet worden. Dr. Reil war nach der Ermordung Rathenaus von den Arbeiterparteien angefordert worden, seine Berichte über den Mord erst von den Arbeitern ausliefern zu lassen. Mord erst absteht, erhielt er sofort gegen Drohbriese und laud auch eines Tages eine Bombe in seiner Wohnung, die nur infolge Verbleibens der Bombe nicht explodiert war. Unschlüssig wurde vor seiner Wohnung gesteckt, so auch gestern um 1 Uhr nachts. Als seine Gattin ans Fenster trat, um hinabzuweichen, erhielt sie einen Schuß in die Stirn, der augenscheinlich für den Schriftleiter bestimmt war. Auf die Ermittlung des Täters ist eine Belohnung von 10 000 Mk. angesetzt.

## Anklage des Attentats auf Harden.

Berlin, 12. Juli. Es ist der Abt. 1A des Berliner Polizeipräsidiums gelungen, die Zusammenhänge des Attentats auf Harden in großen Zügen aufzuklären. Die Geständnisse des verhafteten Reichardt, der gemeinsam mit dem noch flüchtigen Anfermann das Attentat verübte, führte die Volkzeit auf die Spur des Buchhändlers Grews, der in Oldenburg einen antisemitischen Verlag leitete. Grews wurde verhaftet und ist geständig, das Attentat veranlaßt zu haben. Er machte weitere schwerwiegende Aussagen, die zur Verhaftung einer ganzen Reihe von Personen führten. (Da.)

Berlin, 12. Juli. Auf die Ergreifung des Attentäters auf den Schriftsteller Maximilian Harden am 2. Juli ist jetzt eine neue Belohnung von 100 000 Mk. ausgesetzt worden.

# 50prozentige Erhöhung der Eisenbahntarife im Oktober.

Berlin, 12. Juli. Wie die Reichszentrale für deutsche Verkehrserziehung erklärt, sollen die Personentarife der Reichsbahnen am 1. Oktober durchweg um 50 Prozent erhöht werden.

# Gesamtergebnis des Volksbegehrens.

Der Wahlausschuss hat nun das endgültige Ergebnis des Volksbegehrens auf Landtagsauflösung festgestellt. Im Stimmkreis Ostachsen sind noch eine große Zahl von ursprünglich für zweifelhaft erklärten Stimmen und Listen für gültig erklärt worden, so daß in Ostachsen nunmehr 333 370 Stimmen gezählt wurden. Für das ganze Land stellt sich das Ergebnis wie folgt:

Stimmkreis Ostachsen	333 370 Stimmen
Stimmkreis Leipzig	221 878 Stimmen
Stimmkreis Chemnitz-Planen	268 590 Stimmen
<b>Zusammen</b>	<b>823 838 Stimmen</b>

Das amtliche Ergebnis des Volksbegehrens zur Auflösung des Landtages bestätigt vollumfänglich die bereits bekannt gemachten Abstimmungsresultate, die eine im vollen Wortsinne imponierende Offenbarung des Volkswillens darstellten. Wenn von rund einer Million Stimmberechtigten sich reichlich 80 Prozent an der Einzeichnung in die Listen beteiligt haben, so daß über 818 000 Stimmen der im Volksbegehren vertretenen Forderung zustellen, während verfassungsmäßig nur etwa 297 000 benötigt waren, so kann keine Kunst der Diskrepanz den Eindruck einer solchen Kundgebung verwischen oder abschwächen, und um so weniger, als unter den 800 000 Stimmen nach eigenem sozialdemokratischem Zugeständnis sich 100 000 Einzeichnungen, die aus Arbeiterkreisen stammen, befunden haben. Von Seiten des Leipziger Parteigorgans, das dem Minister Lipinski nahesteht, ist denn auch echrlicherweise geäußert worden, daß das Ergebnis des Volksbegehrens über die Macht der bürgerlichen Opposition keinen Zweifel aufkommen lasse. Siehen die Dinge aber einmal so, dann ergibt sich mit zwingender Notwendigkeit für den Landtag die Frage, ob er überhaupt den Volkswillens nicht abwarten soll oder ob er nicht um seines eigenen Ansehens willen besser daran tut, dem Volksbegehren freiwillig zu entsprechen und sich schon jetzt aufzulösen. Zur Beratung und Beschlußfassung über diese Angelegenheit wird der Landtag Ende August zu einer einmaligen Sitzung zusammenzutreten, und wenn er richtig handeln will, so wird er nicht umhin können, sich aufzulösen, nachdem es sich klar herausgestellt hat, daß eine Umbildung der Regierung ohne Neuwahlen ebenso unmöglich ist, wie eine Fortsetzung der gänzlich unhaltbar gewordenen gegenwärtigen parlamentarischen Mehrheitsverhältnisse. Es ist also tatsächlich eine Zwangslage für den Landtag vorhanden, aus der es keinen anderen Ausweg gibt als die Auflösung. Die Neuwahlen werden dann Ende Oktober stattfinden. Nach Art. 6 der Sächsischen Verfassung müssen die Neuwahlen spätestens am 30. Tage nach der Auflösung vollzogen werden. In der Zeit zwischen der Auflösung und der Neuwahl des Landtages ist ein Interregnum vorhanden, das zu verfassungsmäßigen Zweifeln und Bedenken Anlaß geben kann für den Fall, daß Verhältnisse eintreten, die eine sofortige parlamentarische Mitwirkung nötig machen. Der alte Landtag existiert nicht mehr, da er mit dem Augenblick seiner Auflösung von der Bildfläche verschwindet, und der neue ist noch nicht geboren. Hier ist eine Lücke in der Verfassung, die ausgefüllt werden muß, indem die Befugnisse der Regierung während des Interregnums genau umgrenzt werden.

Für die bürgerlichen Parteien sind die Aussichten des Wahlkampfes, ohne die Schwierigkeiten irgendwie zu unterschätzen, durchaus günstig. Insbesondere läßt sich feststellen, daß die letzten Demonstrationen mit ihren mannigfachen Ausschreitungen die Stimmung stark im bürgerlichen Sinne beeinflusst haben. Bezeichnend für die Wirkung, welche die Demonstrationen ausgeübt haben, ist der Aufruf der demokratischen Partei in Sachsen, worin es heißt: „Die demokratische Partei lehnt jede Gemeinschaft mit solchen Straßenzugängen und jede Verantwortung für solche ab. Wer sich daran beteiligt, entfernt sich von der demokratischen Staatsverfassung und dient der Gewaltpolitik, die letzten Endes immer reaktionär ist.“ Es gilt nun für das Bürgertum, eine zielbewusste Sammelpolitik zu treiben und sich schon jetzt mit allen Kräften auf die kommende Wahlbewegung vorzubereiten.

# Kunst und Wissenschaft.

† **Dresdner Theater-Spielplan für heute.** Opernhaus: *Gefühllos*. Schauspielhaus: *Das Märchen vom Wolf*. Volkstheater: *Der eiserne Hellebard*. Residenz-Theater: *Der blonde Engel*. Zentral-Theater: *Hörstenther*.

† **Als letztes Volkspiel der Mitglieder des Wiener Burgtheaters im Schauspielhaus** wird am nächsten Sonnabend *Das Märchen vom Wolf* aufgeführt. Anfang 10 Uhr.

† **Albertstheater-Oper** im Residenztheater. Heute, Donnerstag, abend wird letztmalig die Oper *Der eiserne Hellebard* mit derselben Besetzung wie bei der Eröffnung gegeben.

† **Die Gesellschaft für Theatergeschichte**, die vor kurzem ihre Hauptversammlung abgehalten hat, zählt zurzeit 1219 Mitglieder, darunter verhältnismäßig nur wenige Theaterangehörige. Sie hat im letzten Jahre schwere Verluste durch den Tod von G. v. Posart, J. v. Püllis, H. Gerstmann und G. Steinmeyer erlitten. Der Senator R. Barnau wurde aus Anlaß seines 80. Geburtstages zum Ehrenmitglied ernannt. Max Grube überwies dem Archiv seinen brieflichen und handschriftlichen Nachlaß, einschließlich der umfangreichen Korrespondenz des verstorbenen Verlags Georg II. von Meiningen und seiner Gemahlin, Freiin v. Heldburg, ferner aus Fr. Haafes Nachlaß die Originalhandschriften der Rollen Zundelmanns. Als nächste Vereinschrift wird ein Werk des Moskauer Gelehrten W. Flemming über das Jesuitentheater der deutschen Ordensprovinz angekündigt.

† **Neuere Literatur im Schulunterricht.** Eine bemerkenswerte Verhärtung des Provinzialschulkollegiums in Hannover, die überall Beachtung finden sollte, erklärt es für einen Mangel, daß nur verhältnismäßig wenige Schulen auch neuere deutsche Prosa dichterischer und wissenschaftlicher Art in den Kreis der zu lesenden Schriftwerke aufgenommen haben. Nicht einmal alle höheren Lehranstalten für die weibliche Jugend haben dies getan, obwohl in deren Lehrplänen auf diese Prosalectüre ausdrücklich hingewiesen wird. Das unsere Schulen überwiegend die Literatur einschließen nur in ihren poetischen Erzeugnissen darbieten, ist, wie die Verfügung betont, eine alte Klage. Außerhalb der Schule aber treten vor allem die Romane und das wissenschaftliche Buch an die Stelle. Die Schule verläßt eine wichtige Aufgabe, wenn sie die Schüler nicht aufleitet, auch solche Werke mit Verständnis und Urteil zu lesen.

# Sächsischer Landtag

## Allersgrenzengesetz für Richter — Amnestievorlage — Zwickauer Vorgänge.

118. Sitzung. Dresden, den 12. Juli. Amnestievorlage: Justizminister Dr. Seliguer, Wirtschaftsminister Hellwig.

Auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung steht als erster Punkt folgende kurze Anfrage der Fraktion der Deutschen Volkspartei: „Mit der Regierung bekannt, daß Sonntag, den 11. Juni, der mit der Aufhebung der Listen für das Volksbegehren in Oberplanitz beauftragte Beamte von drei sozialdemokratischen Gemeindevorstellern (Lehrer Jahn, Bestermann und Wagner) gezwungen worden ist, ihnen Einsicht in die Listen zu gewähren? Ist gegen die Schuldigen ein Verfahren eingeleitet worden?“

Ministerialdirektor Dr. Schulze erklärt, daß die Bestimmungen beim Volksbegehren und beim Volksentscheid gegeben seien. Das gebe unzweifelhaft aus der Verfassung hervor. Die drei Gemeindevorsteher seien im Unrecht. Der Gemeindevorstand von Oberplanitz habe den Vorgang der Staatsanwaltschaft Zwickau mitgeteilt. Diese und das Gericht würden zu entscheiden haben, ob eine strafbare Handlung vorliege. In einem disziplinarischen Einschreiten gebe die bestehende Gesetzgebung keine Handhabe.

### Allersgrenzengesetz für Richter.

Nach einem kurzen Berichte des Rechtsausschusses wird der Minderheitsantrag Hüniger — Dr. Wagner mit Stimmenmehrheit abgelehnt. Der Antrag bezweckt, die Altersgrenze von 65 auf 68 Jahre heraufzusetzen. Weiter sollte das Gesetz für die Mitglieder des Oberverwaltungsgerichts erst mit dem 1. Januar 1925, für die Mitglieder des Oberlandesgerichts mit dem 1. Januar 1924, im übrigen mit dem 1. Januar 1923 in Kraft treten.

Danach wird der Entwurf in der Ausschussfassung angenommen. Das Gesetz tritt somit für die Richter der ordentlichen Gerichtsbarkeit mit seiner Verkündung, für die Mitglieder des Oberverwaltungsgerichts am 1. April 1923 in Kraft. Der Landtag tritt nun in die dritte Beratung des

### Justizetat

ein. Vom Haushaltansatz A wird beantragt, die Einstellungen für den Neubau eines Beamtenwohnhauses an der Rathbildenstraße auf 2 800 000 Mk. bzw. 10 320 000 Mk. zu erhöhen, ferner für den Bau eines Beamtenwohngebäudes in Borna 3 850 000 Mk. einzusetzen. Weiter wird vom Ausschusse beantragt, die Staatsanwälte, sowie Amts- und Landgerichtsärzte in Stellengemeinschaft zu bringen, die Regierung zu erziehen, bei der Reichsregierung auf eine bessere und der von ihnen zu leistenden Arbeit entsprechende Bezahlung der Referendare zu bringen, endlich die Regierung zu beauftragen, unverzüglich eine

### Amnestievorlage

für politische Vergehen und Vergehen, die aus Not und wirtschaftlicher Bedrängnis erfolgten, zu unterbreiten. Bis zur Verabschiedung des Amnestiegesetzes wird die Regierung beauftragt, auf dem Wege der Einzelbegnadigung dem Antrage nachzukommen.

Hg. Renner (Komm.): Seine Fraktion machte ihre Stellungnahme zum Justizetat abhängig von der außenpolitischen Situation. Die Vorgänge der letzten Zeit und die Vorherrschaft der konterrevolutionären Organisationen machten es notwendig, daß der Arbeiterstaat auch ihre schädliche Stütze erhalten werde, selbst wenn sie in ihrer Auswirkung nicht härter sei als die sächsische Regierung. Die kommunistische Fraktion habe sich deshalb entschlossen, ihre Stellungnahme zum Justizetat zu ändern. Sie habe dabei noch den Umstand in Erwägung gezogen, daß es jetzt auf einmal dem Ausschusse möglich gewesen sei, den kommunistischen Minderheitsantrag auf Erlass der unbedingt notwendigen Amnestie zu einem Antrag zu erheben. Der Abgeordnete begründet dann einen weiteren Antrag seiner Fraktion, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß sofort ein Gesetz ausgearbeitet werde, durch das die Ausnahmestellung der Richter in der Reichsverfassung eingeschränkt werde, ferner ein Gesetz auszuarbeiten, nach dem das Patenelement in allen Gerichten zugelassen werde.

Die Hg. Müller, Leipzig (Unabh.) und Heike (Soz.) beschließen, daß die Schuld an den beiden sozialistischen Parteien liege, wenn der Amnestieantrag bis jetzt nicht durchgeführt werden sei.

Hg. Hammelsberg (D.-N.) erklärt, daß seine Fraktion das Justizkapitel nicht als solches bekämpfe, sondern aus Abneigung gegen den Justizminister. Man halte ihn nicht für fähig, an der Spitze des Justizministeriums zu stehen. (Widerpruch links.) Dem kommunistischen Amnestieantrage stimme seine Partei keineswegs zu. Sie stehe nach wie vor auf dem Standpunkt, daß keine Zeit und keine Berechtigung zum Erlass eines Amnestiegesetzes vorhanden sei. (Lärm links.) Eine solche Amnestie würde heute ganz einseitig nach links angewendet.

Er bedauere, daß dies in einem Rechtsstaate überhaupt möglich sei. (Widerpruch links.)

Hg. Dr. Senfert (Dem.) bemerkt, daß der Antrag bezüglich der Richter nicht zum Justizetat gehöre. Er sei auch nicht so dringlich, daß er heute behandelt werden müsse.

Hg. Hüniger (D. Sp.) spricht sich gegen die Amnestie aus. Es werde das Gegenteil von Veruhigung erreicht. Der Amnestieantrag ginge auch viel zu weit. Der Antrag der bürgerlichen Parteien, die Bezeichnung „Fürsorgebeamte“ durch „Gefängnisgeistliche“ zu ersetzen, wird abgelehnt. Der kommunistische Antrag betr. Richter und Paten geht an den Rechtsausschuss.

Darauf wird der Justizetat angenommen. Gegen das Gehalt des Justizministers und die Amnestie stimmen die Bürgerlichen.

Bei der Behandlung der Kapitel über Polizeiwesen kommt es zu einer

### Aussprache über die Zwickauer Vorgänge.

die teilweise sehr erregt verläuft. Hg. Dr. Eckardt (D.-N.) gibt eine ausführliche Schilderung der Vorgänge. Der Landespolizei gehörte der Dank. Sie habe getan, was sie tun konnte. Minister Lipinski habe jedoch durch das Pattieren mit dem Aktions-

ausschuss die Staatsautorität aufs tiefste erschüttert. In einem Rechtsstaate könne es überhaupt keinen Aktionsausschuss geben. Der Minister habe seine Pflicht verletzt. Er trage die Schuld daran, daß die Unruhen ein derartiges Ausmaß annahmen. Nicht weniger als der Minister sei der Aktionsausschuss für alle Schäden haftbar. Die Arbeiter hätten sich nicht freiwillig zur Bezahlung des Lohnausfalls verstanden. Was werde die Regierung tun, um die Pflichten der verdienten Strafe anzuführen? (Lärm: Amnestie!) Wie stelle sich die Regierung zu der Freiheitsberaubung gegenüber drei Zwickauer Einwohnern. Könne die Regierung eine Zusicherung geben, daß der Schutz der Einwohner künftig gewährleistet sei? Man habe das Recht, eine solche Zusicherung zu verlangen.

Ministerialdirektor Dr. Schulze: Minister Lipinski, der keine Kenntnis davon habe, daß diese Dinge heute zur Sprache kommen würden, habe ihm heute früh telefonisch mitgeteilt, daß er noch in Berlin dienstlich festgehalten sei. Es seien selbstverständlich eingehende Erörterungen eingeleitet worden. Sie seien noch nicht abgeschlossen. Die Regierung sei heute nicht instande, zu den an sie gerichteten Fragen Stellung zu nehmen.

Dann nimmt unter großem Lärm Hg. Voigt (D. Sp.) Stellung zu den Ausschreitungen und beipflichtet die Vorgänge in Zwickau, Lobau, Ebersbach, Neugersdorf, Rabenberg, Frankenberg, Thum, Glasbütte um. Er würde es bedauern, wenn die Schuldigen mit unter die Amnestie fielen. Es sei darin eine Belobigung zu erblicken. Wenn sich Menschen freiwillig zu Demonstrationen zusammenschließen, so solle man ihnen nichts in den Weg legen. Wenn andere Organisationen oder eine andere Auffassung hätten, so solle man ebenfalls Respekt davor haben. Es sei verständlich ein Druck ausgeübt worden, aus den nichtsozialistischen Gewerkschaften auszutreten. Was gedenke die Regierung zu tun, um die Vereinigungsfreiheit der Arbeiter zu schützen? Durch die Vorgänge sei das Prestige des Arbeiterstandes außerordentlich heruntergedrückt worden. Wenn Sachen immer mehr eine Radaurepublik würde, müßte die Entwicklung des Wirtschaftslebens durch solche Vorgänge bald am Ende sein.

Hg. Grunpe (Soz.) bezeichnet es als eine unerhörte Frechheit, die organisierte Arbeiterkraft für die Vorgänge verantwortlich zu machen. Sie hätte sich vollständig einwandfrei gehalten. An den Ausschreitungen hätten als Arbeiter verleidete Gemütskranken teilgenommen. Die Rechtspolitischen benutzten solche Mittel, um die Reichswehr heranzuziehen. Ein großer Teil des Bürgerturns erkenne darauf an, daß die organisierte Arbeiterkraft die Ruhe wieder hergestellt habe.

Hg. Grunpe (Komm.) macht der Regierung den Vorwurf, daß sie es nicht verstanden habe, so zu arbeiten, wie es für eine Arbeiterregierung notwendig sei. Der Redner beantragt, daß die Stellen des Chefs der Landespolizei, sowie der Polizeipräsidenten und Polizeidirektoren von den Zivilkommissaren besetzt würden. Die Stellen der Offiziere sollten nur noch aus der Beamtenliste besetzt werden. Der Untersuchung der Vorgänge durch die Regierung sehe er mit größtem Mißtrauen gegenüber.

Hg. Dr. Senfert (Dem.): Die letzte Quelle der Vorgänge sei zurückzuführen auf den Mord an Rathenau. Damit würden aber nicht diejenigen gerechtfertigt, die Anlaß zu Dingen gegeben hätten, welche gar nicht mehr mit der Quelle in Verbindung ständen. Minister Lipinski habe in seinem Verhalten die Staatsautorität preisgegeben. Die Aktionsausschüsse hätten sich Verordnungen angeeignet, die weit über die unbedingte Notwendigkeit hinausgingen. Hg. Raupach (Unabh.) beantragt, daß an jenem Tage Leute mit bairischer Mundart aufgetaucht seien. Sie hätten

### Ein akademischer Konflikt an der Prager Universität.

Der akademische Senat der Prager deutschen Universität wählte den Historiker Professor Samuel Steinberg zum Rektor für das nächste Studienjahr. Hiergegen protestierte ein Teil der deutschen Studenten mit der Begründung, daß Steinberg ein nicht getaufter Jude sei. Steinberg vertritt nun eine Zuschrift an den Senat, worin er gegen den Vorwurf, ein Nichtdeutscher zu sein, Widerspruch erhebt. Die Studenten erhalten ihren Protest ausrecht und erklären, jeden Verkehr mit dem Rektor meiden und auf alle Promotionen verzichten zu wollen. Professor Steinberg erklärte, er werte dem Terror der Studenten nicht weichen.

† **Das Satirspiel des Sophokles**, dessen Aufführung kürzlich eine Zeitungskorrespondenz (und wir in rührendem Vertrauen auf ihre Verlässlichkeit auch) verkündete, ist schon vor geraumer Zeit aufgefunden. Es ist nichts anderes und neueres als die „Frohen“, die den klassischen Philologen längst wohlbekannt war und die Carl Robert in Halle überseht und für die Bühne bearbeitet, sogar im Goethe-Theater Kassel 1913 zur Aufführung gebracht hat, wonach das Satirspiel dann noch in Marburg und im Waldtheater Dablin aufgeführt worden ist. Hier in Dresden hat sich bereits Friedrich Erhard für den äußerst wertvollen Pappusfund eingesetzt und ihn in einem Vortrag im Oktober 1913 in der Aula der Kreuzschule vor der Dresdner Ortsgruppe des Deutschen Gymnasialvereins mit Lichtbildern und mit der von ihm selbst ausgeführten Begleitmusik von Herman Albert zum Vortrag gebracht. Es ist also wissenschaftlich und künstlerisch schon viel getan worden für die eigenartige Dichtung des großen Athener, und die Presse konnte es doch vergessen! Hoffentlich hoffet es nun in der Zukunft.

† **Das Volkswagen-Museum für Hagen** verloren. Der „Westfälische Anzeiger“ meldet: Der Projekt der Stadt Hagen gegen die Erben Osthaus kann der ungeheuren Kosten wegen nicht fortgesetzt werden. Die Schätze des Museums befinden sich schon seit langer Zeit in Offen. Die Sammlungen werden jedoch erst dorthin übergeführt, wenn der zur Unterbringung der Volkswagen-Sammlungen erforderliche Ausbau fertiggestellt sein wird, was in etwa anderthalb Jahren der Fall sein dürfte.

† **Wie Goethe seiner „Lezten Liebe“ Schokolade schenkte.** Im Gegensatz zum Kaffee und Tee, die in Goethes Werken nicht selten erwähnt werden, findet man in ihnen die Schokolade. Die Wieland schon in „Amadis“ nennt, die auch in Schillers „Fiesko“ vorkommt, überhaupt nicht. Und doch hat Goethe auf sie in seinem Alter ein paar Reime

gemacht, und die süße Leckerei, die heutzutage so hoch im Preise steht, gerade vor hundert Jahren seiner „Lezten Liebe“ in anmutiger Weise als Gabe dargebracht — freilich ein ganzes Pfund. Als Goethe im Juni/Juli 1832 in Marienbad weilte, verkehrte er, wie auch in früheren Jahren, mit einer Frau von Brösigke und ihren Entsetzungen, zwei jungen Fräulein von Leveson. Die ältere von ihnen, Ulrike, erzählt uns nun, daß die jungen Mädchen gerne den Gesprächen zuhörten, die Goethe mit dem großen Chemiker Wergelin und einigen anderen Naturforschern führte. „Alle Wergelin so freundlich zu uns, was wir nicht verstanden, deutliche zu machen; meine längste Schwester Bertha, die nur erst 14 Jahre war, interessierte sich für die Mineralogie, und die von mir genannten Herren und Goethe stellten für eine nette Sammlung von Steinen zusammen. Ein anderes mal rief Goethe uns zu sich, wo er auf einer langen Tafel alle Steingattungen, welche sich in der Gegend von Marienbad finden, geordnet hatte, er führte mich zu einer Stelle, wo er zwischen den Steinen ein Pfund Wiener Schokolade gelegt hatte, worauf geschrieben stand:

Genieße dies nach deiner eignen Weise, Wo nicht als Trank, doch als beliebte Speise.

Daß Goethe die Schokolade für mich zwischen die Steine gelegt, war Scherz, weil ich den Steinen kein Interesse abgewinnen konnte.“ Für Goethes Verhältnis zu Ulrike sind noch deren folgende Worte kennzeichnend: „Auch in diesem Sommer war Goethe sehr freundlich zu mir und zeichnete mich bei jeder Gelegenheit aus; oft sagte er zu meiner Großmutter, wie sehr er wünschte, noch einen Sohn zu haben, denn er möchte dann mein Mann werden, mich würde er ganz nach seinem Sinne ausbilden, er habe eine große und väterliche Liebe für mich.“

† **Die Zahl der in Deutschland tätigen Ärzte** hat sich gegenüber der Vorkriegszeit vermehrt. Während damals auf rund 2000 Einwohner ein Arzt kam, so trifft das 1920 schon auf 1551 Einwohner zu. In den Vereinigten Staaten gibt es übrigens noch viel mehr Ärzte. Da kam im Jahre 1921 ein Arzt auf 726 Bewohner. Die Zahl der deutschen Ärzte betrug nach einem Bericht der „Deutschen Medizinischen Wochenschrift“ 1920 37 880. Man hat nun nach dem Zuwachs der Ärzte in den letzten Jahren eine große Ueberfüllung des Arztesandes prophezeit und die Zahl der Ärzte für 1925 auf 56 880, d. h. einen Arzt auf 1028 Einwohner, geschätzt. Diese Berechnung ist aber viel zu hoch gegriffen, da man den Abgang durch Tod der Ärzte nicht in Betracht zog. Es sterben durchschnittlich in Deutschland 800 Ärzte jährlich. Die Arzteszahl dürfte also 1925 etwa 40 000 betragen, so daß ein Arzt auf 1400 Einwohner käme.

den Anlauf zu den bedauerlichen Ausbreitungen gegeben. Die Zwickauer Arbeiterkammer habe eine Sammelgebäude an den Tag gelegt.

Abg. Oehlein (S.): Der Aufbau des Staates dürfe nicht durch Gewalttaten von rechts und links gestört werden. Durch fortgesetzte Demonstrationen würde das Andenken Rathenaus bedeckt. Die Behandlung der Vorgänge in Zwickau durch Vorkriegsbeamte eine Schwächung der Staatsautorität. Es widerspreche der Verfassung, wenn sich die Regierung ihre Verantwortung durch einen beliebigen Ausblick aus den Händen nehmen lasse.

Abg. Dr. Dehne (Dem.) legt die Beiprägung des Justizrats fort. Er beantragt, daß die Gemeinden, deren Sicherheitspolizei vom Staate übernommen wird, nicht drei Fünftel, sondern 45 Hundertteile des Aufwandes zu tragen haben.

Abg. Müller (D. Sp.) stellt den Antrag, daß die betreffenden Gemeinden nur ein Drittel beizutragen haben nach Maßgabe der Bevölkerungszahl. Die Zahlen von Zwickau und Jitzau sollen nur mit vier Fünftel in Anschlag gebracht werden.

Die Anträge der kommunistischen Fraktion gehen an den Ausschuss für den Bauwesen, Kapitel 47 a und 48 (Kriminalpolizei, Polizeipräsident und Polizeiamt) werden mit Stimmenmehrheit angenommen, ebenso § 3 des Gesetzes über den Staatsbauhaushalt auf das Rechnungsjahr 1922, der den Betrag der Gemeinden regelt. Damit sollen die Rinderbeiträge.

Abg. Müller (D. Sp.) stellt den Antrag, daß die betreffenden Gemeinden nur ein Drittel beizutragen haben nach Maßgabe der Bevölkerungszahl. Die Zahlen von Zwickau und Jitzau sollen nur mit vier Fünftel in Anschlag gebracht werden.

Die Anträge der kommunistischen Fraktion gehen an den Ausschuss für den Bauwesen, Kapitel 47 a und 48 (Kriminalpolizei, Polizeipräsident und Polizeiamt) werden mit Stimmenmehrheit angenommen, ebenso § 3 des Gesetzes über den Staatsbauhaushalt auf das Rechnungsjahr 1922, der den Betrag der Gemeinden regelt. Damit sollen die Rinderbeiträge.

Abg. Müller (D. Sp.) stellt den Antrag, daß die betreffenden Gemeinden nur ein Drittel beizutragen haben nach Maßgabe der Bevölkerungszahl. Die Zahlen von Zwickau und Jitzau sollen nur mit vier Fünftel in Anschlag gebracht werden.

Die Anträge der kommunistischen Fraktion gehen an den Ausschuss für den Bauwesen, Kapitel 47 a und 48 (Kriminalpolizei, Polizeipräsident und Polizeiamt) werden mit Stimmenmehrheit angenommen, ebenso § 3 des Gesetzes über den Staatsbauhaushalt auf das Rechnungsjahr 1922, der den Betrag der Gemeinden regelt. Damit sollen die Rinderbeiträge.

Abg. Müller (D. Sp.) stellt den Antrag, daß die betreffenden Gemeinden nur ein Drittel beizutragen haben nach Maßgabe der Bevölkerungszahl. Die Zahlen von Zwickau und Jitzau sollen nur mit vier Fünftel in Anschlag gebracht werden.

Die Anträge der kommunistischen Fraktion gehen an den Ausschuss für den Bauwesen, Kapitel 47 a und 48 (Kriminalpolizei, Polizeipräsident und Polizeiamt) werden mit Stimmenmehrheit angenommen, ebenso § 3 des Gesetzes über den Staatsbauhaushalt auf das Rechnungsjahr 1922, der den Betrag der Gemeinden regelt. Damit sollen die Rinderbeiträge.

Abg. Müller (D. Sp.) stellt den Antrag, daß die betreffenden Gemeinden nur ein Drittel beizutragen haben nach Maßgabe der Bevölkerungszahl. Die Zahlen von Zwickau und Jitzau sollen nur mit vier Fünftel in Anschlag gebracht werden.

Die Anträge der kommunistischen Fraktion gehen an den Ausschuss für den Bauwesen, Kapitel 47 a und 48 (Kriminalpolizei, Polizeipräsident und Polizeiamt) werden mit Stimmenmehrheit angenommen, ebenso § 3 des Gesetzes über den Staatsbauhaushalt auf das Rechnungsjahr 1922, der den Betrag der Gemeinden regelt. Damit sollen die Rinderbeiträge.

Abg. Müller (D. Sp.) stellt den Antrag, daß die betreffenden Gemeinden nur ein Drittel beizutragen haben nach Maßgabe der Bevölkerungszahl. Die Zahlen von Zwickau und Jitzau sollen nur mit vier Fünftel in Anschlag gebracht werden.

Die Anträge der kommunistischen Fraktion gehen an den Ausschuss für den Bauwesen, Kapitel 47 a und 48 (Kriminalpolizei, Polizeipräsident und Polizeiamt) werden mit Stimmenmehrheit angenommen, ebenso § 3 des Gesetzes über den Staatsbauhaushalt auf das Rechnungsjahr 1922, der den Betrag der Gemeinden regelt. Damit sollen die Rinderbeiträge.

Abg. Müller (D. Sp.) stellt den Antrag, daß die betreffenden Gemeinden nur ein Drittel beizutragen haben nach Maßgabe der Bevölkerungszahl. Die Zahlen von Zwickau und Jitzau sollen nur mit vier Fünftel in Anschlag gebracht werden.

Die Anträge der kommunistischen Fraktion gehen an den Ausschuss für den Bauwesen, Kapitel 47 a und 48 (Kriminalpolizei, Polizeipräsident und Polizeiamt) werden mit Stimmenmehrheit angenommen, ebenso § 3 des Gesetzes über den Staatsbauhaushalt auf das Rechnungsjahr 1922, der den Betrag der Gemeinden regelt. Damit sollen die Rinderbeiträge.

Abg. Müller (D. Sp.) stellt den Antrag, daß die betreffenden Gemeinden nur ein Drittel beizutragen haben nach Maßgabe der Bevölkerungszahl. Die Zahlen von Zwickau und Jitzau sollen nur mit vier Fünftel in Anschlag gebracht werden.

Die Anträge der kommunistischen Fraktion gehen an den Ausschuss für den Bauwesen, Kapitel 47 a und 48 (Kriminalpolizei, Polizeipräsident und Polizeiamt) werden mit Stimmenmehrheit angenommen, ebenso § 3 des Gesetzes über den Staatsbauhaushalt auf das Rechnungsjahr 1922, der den Betrag der Gemeinden regelt. Damit sollen die Rinderbeiträge.

Abg. Müller (D. Sp.) stellt den Antrag, daß die betreffenden Gemeinden nur ein Drittel beizutragen haben nach Maßgabe der Bevölkerungszahl. Die Zahlen von Zwickau und Jitzau sollen nur mit vier Fünftel in Anschlag gebracht werden.

Die Anträge der kommunistischen Fraktion gehen an den Ausschuss für den Bauwesen, Kapitel 47 a und 48 (Kriminalpolizei, Polizeipräsident und Polizeiamt) werden mit Stimmenmehrheit angenommen, ebenso § 3 des Gesetzes über den Staatsbauhaushalt auf das Rechnungsjahr 1922, der den Betrag der Gemeinden regelt. Damit sollen die Rinderbeiträge.

Abg. Müller (D. Sp.) stellt den Antrag, daß die betreffenden Gemeinden nur ein Drittel beizutragen haben nach Maßgabe der Bevölkerungszahl. Die Zahlen von Zwickau und Jitzau sollen nur mit vier Fünftel in Anschlag gebracht werden.

Die Anträge der kommunistischen Fraktion gehen an den Ausschuss für den Bauwesen, Kapitel 47 a und 48 (Kriminalpolizei, Polizeipräsident und Polizeiamt) werden mit Stimmenmehrheit angenommen, ebenso § 3 des Gesetzes über den Staatsbauhaushalt auf das Rechnungsjahr 1922, der den Betrag der Gemeinden regelt. Damit sollen die Rinderbeiträge.

Abg. Müller (D. Sp.) stellt den Antrag, daß die betreffenden Gemeinden nur ein Drittel beizutragen haben nach Maßgabe der Bevölkerungszahl. Die Zahlen von Zwickau und Jitzau sollen nur mit vier Fünftel in Anschlag gebracht werden.

Die Anträge der kommunistischen Fraktion gehen an den Ausschuss für den Bauwesen, Kapitel 47 a und 48 (Kriminalpolizei, Polizeipräsident und Polizeiamt) werden mit Stimmenmehrheit angenommen, ebenso § 3 des Gesetzes über den Staatsbauhaushalt auf das Rechnungsjahr 1922, der den Betrag der Gemeinden regelt. Damit sollen die Rinderbeiträge.

Abg. Müller (D. Sp.) stellt den Antrag, daß die betreffenden Gemeinden nur ein Drittel beizutragen haben nach Maßgabe der Bevölkerungszahl. Die Zahlen von Zwickau und Jitzau sollen nur mit vier Fünftel in Anschlag gebracht werden.

Die Anträge der kommunistischen Fraktion gehen an den Ausschuss für den Bauwesen, Kapitel 47 a und 48 (Kriminalpolizei, Polizeipräsident und Polizeiamt) werden mit Stimmenmehrheit angenommen, ebenso § 3 des Gesetzes über den Staatsbauhaushalt auf das Rechnungsjahr 1922, der den Betrag der Gemeinden regelt. Damit sollen die Rinderbeiträge.

Abg. Müller (D. Sp.) stellt den Antrag, daß die betreffenden Gemeinden nur ein Drittel beizutragen haben nach Maßgabe der Bevölkerungszahl. Die Zahlen von Zwickau und Jitzau sollen nur mit vier Fünftel in Anschlag gebracht werden.

Die Anträge der kommunistischen Fraktion gehen an den Ausschuss für den Bauwesen, Kapitel 47 a und 48 (Kriminalpolizei, Polizeipräsident und Polizeiamt) werden mit Stimmenmehrheit angenommen, ebenso § 3 des Gesetzes über den Staatsbauhaushalt auf das Rechnungsjahr 1922, der den Betrag der Gemeinden regelt. Damit sollen die Rinderbeiträge.

Abg. Müller (D. Sp.) stellt den Antrag, daß die betreffenden Gemeinden nur ein Drittel beizutragen haben nach Maßgabe der Bevölkerungszahl. Die Zahlen von Zwickau und Jitzau sollen nur mit vier Fünftel in Anschlag gebracht werden.

Die Anträge der kommunistischen Fraktion gehen an den Ausschuss für den Bauwesen, Kapitel 47 a und 48 (Kriminalpolizei, Polizeipräsident und Polizeiamt) werden mit Stimmenmehrheit angenommen, ebenso § 3 des Gesetzes über den Staatsbauhaushalt auf das Rechnungsjahr 1922, der den Betrag der Gemeinden regelt. Damit sollen die Rinderbeiträge.

Abg. Müller (D. Sp.) stellt den Antrag, daß die betreffenden Gemeinden nur ein Drittel beizutragen haben nach Maßgabe der Bevölkerungszahl. Die Zahlen von Zwickau und Jitzau sollen nur mit vier Fünftel in Anschlag gebracht werden.

Die Anträge der kommunistischen Fraktion gehen an den Ausschuss für den Bauwesen, Kapitel 47 a und 48 (Kriminalpolizei, Polizeipräsident und Polizeiamt) werden mit Stimmenmehrheit angenommen, ebenso § 3 des Gesetzes über den Staatsbauhaushalt auf das Rechnungsjahr 1922, der den Betrag der Gemeinden regelt. Damit sollen die Rinderbeiträge.

Abg. Müller (D. Sp.) stellt den Antrag, daß die betreffenden Gemeinden nur ein Drittel beizutragen haben nach Maßgabe der Bevölkerungszahl. Die Zahlen von Zwickau und Jitzau sollen nur mit vier Fünftel in Anschlag gebracht werden.

Die Anträge der kommunistischen Fraktion gehen an den Ausschuss für den Bauwesen, Kapitel 47 a und 48 (Kriminalpolizei, Polizeipräsident und Polizeiamt) werden mit Stimmenmehrheit angenommen, ebenso § 3 des Gesetzes über den Staatsbauhaushalt auf das Rechnungsjahr 1922, der den Betrag der Gemeinden regelt. Damit sollen die Rinderbeiträge.

Abg. Müller (D. Sp.) stellt den Antrag, daß die betreffenden Gemeinden nur ein Drittel beizutragen haben nach Maßgabe der Bevölkerungszahl. Die Zahlen von Zwickau und Jitzau sollen nur mit vier Fünftel in Anschlag gebracht werden.

Die Anträge der kommunistischen Fraktion gehen an den Ausschuss für den Bauwesen, Kapitel 47 a und 48 (Kriminalpolizei, Polizeipräsident und Polizeiamt) werden mit Stimmenmehrheit angenommen, ebenso § 3 des Gesetzes über den Staatsbauhaushalt auf das Rechnungsjahr 1922, der den Betrag der Gemeinden regelt. Damit sollen die Rinderbeiträge.

Abg. Müller (D. Sp.) stellt den Antrag, daß die betreffenden Gemeinden nur ein Drittel beizutragen haben nach Maßgabe der Bevölkerungszahl. Die Zahlen von Zwickau und Jitzau sollen nur mit vier Fünftel in Anschlag gebracht werden.

Die Anträge der kommunistischen Fraktion gehen an den Ausschuss für den Bauwesen, Kapitel 47 a und 48 (Kriminalpolizei, Polizeipräsident und Polizeiamt) werden mit Stimmenmehrheit angenommen, ebenso § 3 des Gesetzes über den Staatsbauhaushalt auf das Rechnungsjahr 1922, der den Betrag der Gemeinden regelt. Damit sollen die Rinderbeiträge.

Abg. Müller (D. Sp.) stellt den Antrag, daß die betreffenden Gemeinden nur ein Drittel beizutragen haben nach Maßgabe der Bevölkerungszahl. Die Zahlen von Zwickau und Jitzau sollen nur mit vier Fünftel in Anschlag gebracht werden.

Die Anträge der kommunistischen Fraktion gehen an den Ausschuss für den Bauwesen, Kapitel 47 a und 48 (Kriminalpolizei, Polizeipräsident und Polizeiamt) werden mit Stimmenmehrheit angenommen, ebenso § 3 des Gesetzes über den Staatsbauhaushalt auf das Rechnungsjahr 1922, der den Betrag der Gemeinden regelt. Damit sollen die Rinderbeiträge.

bedingungen liegen auf den Bahnhöfen mit Bahnhöfswirtschaft zur Einsticht aus. Angebote sind bis 1. August einzulegen.

Der Kommerz des Verbandes der Korporationen an der Technischen Hochschule, der anlässlich der Doctordienstfeier am Sonnabend, 15. Juli, abends 8 Uhr, im Vereinshaus stattfinden sollte, fällt aus. Der mittags 12 Uhr im Vereinshaus stattfindende Festakt wird hiervon nicht berührt.

Das Velodrom-Kabarett wartet auch in diesem Monat wieder mit einem vorzüglichen Programm auf, das jeden Abend des Besuchs seiner zahlreichen Gäste sicher ist. Als Anfänger, der reichlich viel weiteren Nutzen aufzunehmen, wirkt Harry Harder-Stuart, später lernt man ihn auch noch beim Vortrag ernster und humoristischer Vieder und Gedichte näher kennen. Die Spielfolge eröffnet die Spitzensängerin Vore Sigand mit einem reizenden Menuett und anderen Tänzen, das größte Interesse auf dem Gebiete der Tanzkunst wendet sich aber der blonden Japanerin Taka-Taka und ihrem Partner Yoga-Faro, einem Palmtänzer, zu. Beide bieten mit ihren kostbaren, indischen und flamencischen Tänzen etwas ganz Eigenartiges, in besonderer Weise sprechen hier Körperlichkeit, Musik, Rhythmus und Intensionierung zu dem Zuschauer. Dann ist ferner Amandus Paris mit seinem denkenden und feinen, es exzerziert, brennt seinen Herrn die Zigarre an, macht sorgfältig Abendtollette und — mehr wird hier nicht verraten. Als humoristische Vortragskünstlerin in frischer Naivität zeigt sich die jugendliche Lotte Martow, die drei Tänze in drei Seiten, die laute Verfallstürme erntet jedoch der rheinische Komiker Hermann Franke jun., von dem Augenblick an, da er die Bühne betritt, bis zu seinem Abgang und noch lange darüber hinaus brausen die Lachsalven nur so durch den Saal. Frank Wolf am Flügel und die Kapelle Ruhland ergänzen weiterhin in glücklicher Weise das Programm.

Auf der Suche nach Einbrechern. Bei der Effektenverwahrungsstelle des Polizeipräsidiums befinden sich zwei herrenlose Fahrräder und zwar ein älteres Tourenrad mit schwarzem Rahmen und ein älteres Tourenrad mit schwarzem Rahmen und etwas aufwärts gebogener Lenkstange, sowie eine große Hebelkette, 2 Radsätze und 1 Mühe in Verwahrung. Diese Sachen sind, wie schon feinerzeit bekanntgegeben, in der Nacht vom 9. Dezember 1920 nach einem Einbruch in der Kreuzstraße von den Dieben bei der Verfolgung im Stich gelassen worden. Personen, die etwa an der Hand der Sachen Mitteilung über die Täter machen können, werden zwecks Befichtigung der Gegenstände nach vorgenannter Dienststelle, Zimmer 71a, wochentags von 8 bis 2 Uhr, gebeten.

Unfälle beim Baden. Das Preseamt des Postpräsidiums teilt uns folgendes mit: Die Unfälle beim Baden in der Elbe haben sich in der letzten Zeit wieder bedeutend vermehrt. Die Feststellung der meisten nur mit Badehose bekleideten Toten ist sehr oft erschwert, umal, wenn der Leichnam bei der letzten heißen Jahreszeit nicht bald gefunden wird. Die Entstellung der Leichen ist durch Witterungseinflüsse in mitterer derart, daß die eigenen Angehörigen Mühe haben, ihren Verstorbenen mit Bestimmtheit wiederzuerkennen. Es dürfte sich empfehlen, daß Badende an ihren Badeanzügen oder Badehosen ihre Namen oder ein sonstiges Erkennungszeichen anbringen.

Führung durch die Schulversammlungen zum Besten des Vereinsheimbau für die Stadt Dresden. Heute, Donnerstag, von 8 bis 1 Uhr findet wieder eine Führung statt. Direktor Professor Dr. Herrmann wird über die griechische Plastik der hellenistischen Zeit, besonders in Pergamon, sprechen.

Offenheitliche Singen in Altrossen. Heute, Donnerstag, abend 8 Uhr singt ein Rinderchor der 40. Volksschule auf dem Postplatz Wanderlieder.

Ein Zweites Rindertier in der Jahresbahn wird morgen, Freitag, verankert. Von 2 Uhr nachmittags an kann wieder jeder Erwachsene als zahlender Besucher oder Dauerkarteninhaber ein Kind unter 14 Jahren frei mitbringen. Aus dem Programm ist hervorzuheben, daß um 4 Uhr die Vorkämpfer im Kaisertheater, um 5 Uhr der Rindertanz in der „Alte“ und um 6 1/2 Uhr der Umzug der jugendlichen Gäste unter Barantritt der Kapelle von „Überbarn“ beginnen, wo um 7 1/2 Uhr sonstige Tänze abgebrochen werden. Beim Eintritt erhält nach einem besonderen Begrüßungsplan eine erhebliche Anzahl der Kinder eine Denkmünze aus Porzellan und nach Beendigung des Umzuges die Kleinen unter den Händen freilose der Leiter. Bei allen Veranstaltungen im Vergnügungspark sind die Preise bedeutend herabgesetzt. Nachdem vorige Woche die Gladiatoren den Kindern eine Extrastunde durch einen Haupttreffer bereitet hatte, wird wohl diesmal die Zahl der Besucher die damalige erheblich übertreffen. — Heute, Donnerstag und morgen, Freitag, finden in der Jahresbahn-Ausstellung große „F. H. H. H.“-Konzerte des Philharmonischen Orchesters statt. Es dirigiert der kleine 14jährige russische Kapellmeister und Komponist Tschikoff ein ausgewähltes Programm.

Städtische öffentliche Bibliothek (Hörsaal). Dresden-Planen, Helmsdrückerstraße 11. Die Bibliothek bleibt vom 20. bis 22. Juli wegen Revision- und Reinigungsarbeiten geschlossen.

Der Militärverein „Gef. Grenabiere“ gibt bekannt, daß die Juli-Konferenz am 28. und 29. Juli im Hotel „Zur Post“ stattfinden wird.

Justizkanzlei. Die Oberrheinische Landesregierung hat die Vollstreckung des Urteils über den Fall des „Grenzblattes“ beschlossen. Infolge des großen Angebots und weil im Sommer die Kaufkraft nicht so hoch wie im Winter, kann damit gerechnet werden, daß die Preise verhältnismäßig niedrig sind. Die Kataloge sind erschienen und können kostenlos von der Geschäftsstelle — Königsberg i. Pr., Sandelstraße 2 — bezogen werden. In den Katalog sind etwa 150 Marken und ungefähr 150 weibliche Tiere eingetragen. Die zur Auktion kommenden Tiere stammen sämtlich aus Oerdding, wozu die der Polizeikontrôle obligatorisch unterliegen. Die Verkäufenden der Mütter und Vorfahren der Auktionsteilnehmer können im Auktionsbureau eingesehen werden.

Todt übersehen wurde, wie gemeldet, am Montag nachmittag auf der König-Johann-Straße von einer Kraftdrosche eine zunächst unbekannte Dame. Inzwischen wurde in der Verunglückten die 66 Jahre alte verwitwete Fräulein Marie Schumann aus Probitz festgestellt.

Freiberg. Das hiesige Schwurgericht verurteilte den 24jährigen Reichwehroffizier Paul Arthur Fritz Wenne aus Döbeln wegen Mordes unter dauernder Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte kostenpflichtig zum Tode. Der Verurteilte hatte mit der Johanna Charlotte Heyde aus Kleinbausch bei Döbeln ein Liebesverhältnis gehabt, das nicht ohne Folgen geblieben war. Um sich nun seinen Verpflichtungen zu entziehen, hatte er das Mädchen drei Wochen vor der Geburt des zu erwartenden Kindes am Abend des 10. Mai d. J. in der Nähe der Döbelner Militär-Gießerei von einem steilen Abhange in die an dieser Stelle vier Meter tiefe Mulde hinabgeschoben, wobei die Heyde ertrank.

Vimbach. Die Stadtverordneten saßen gegen die bürgerlichen Stimmen die König- in Nebel- Straße und der Kaiser-Wilhelm-Platz in Liebknecht-Platz und wählten einen Ausschuss, der die Republik sichern soll.

Planen. Die vom Verband sächsisch-thüringischer Vohnumaschinenbesitzer für den 10. Juli beschlossene Stilllegung ihrer sämtlichen Betriebe ist nahezu reiflos durchgeführt worden. In den Auktionsverhandlungen Kuerbach und Delsnig ruht der Betrieb vollständig, und zwar stehen auch die Maschinen der Stoffmischererei still. Groß ist die Erregung im Falkensteinbezirk, die sich in Falkenstein selbst in einem Demonstrationssitzung ausgedeutet hat. Auch in Planen hat die Kontrolle der Betriebe eingeleitet und nahezu alle Stillsetzer feierten. Die Maschinenbesitzer sind entschlossen, rückwärts gegen jeden arbeitswilligen Betrieb vorzugehen, solange nicht eine Einigung mit den Fabrikanten über die Stilllegung der Mindestpreise herbeigeführt worden ist.

Schulz. Einer Beschränkung der Pressefreiheit haben sich die Stadtverordneten schuldig gemacht. Zu Beginn der letzten Stadtverordnetenversammlung brachte der Demokrat Dr. Grill eine Entschließung seiner Fraktion zur Kenntnis, die inhaltlich einen scharfen Protest gegen die politische Tendenz des „Grenzblattes“ darstellte. Der verantwortliche zeichnende Schriftleiter des „Grenzblattes“ hat, seiner Überzeugung gemäß, feinerzeit unter anderem die Erfüllungspolitik bekämpft. Die Gelegenheit ergab sich sofort der Mehrheitssozialist Fischer, um einen Antrag zu stellen, wonach es aus dem oben angeführten Grunde dem Schriftleiter des „Grenzblattes“ in Zukunft untersagt sein sollte, an den Sitzungen in seiner Eigenschaft als Pressevertreter teilzunehmen (1), wobei Fischer sich gleichzeitig in den gebührenden Ausdrücken gegen den anwesenden Schriftleiter ergab. Infolge ihrer Taktik waren die Demokraten gezwungen, diesem Antrag in Gemeinschaft mit den Unabhängigen und Mehrheitssozialisten zuzustimmen. Darauf verließ der Schriftleiter des „Grenzblattes“ den Sitzungssaal. Tags darauf wurde an den Verlag des Blattes das Ansuchen gestellt, an Stelle des ausgebliebenen Sitzungsberichts einen „amtlich-neutralen“ Bericht anzunehmen, mit dem eindeutigen Hinweis, daß das „Grenzblatt“ ja auch Organ der amtlichen Bekanntmachungen und infolgedessen gesonnen sei, den Bericht zu veröffentlichen. Gegenüberweise ist dies jedoch bisher der einzige amtliche Stadtverordneten-Sitzungsbericht, den das Blatt seit seinem 75jährigen Bestehen erhalten hat.

Vereinsskalender für heute. Am. Vereinig. ehem. Mil.-Kriegs. Mon.-Berl. 8 Uhr Anst. Vorklänge für den Mittagstisch. Grießsuppe; gebadene Defenstöße mit Vanillestunde.

Advertisement for 'Gef. Grenabiere' featuring a logo with a pig and the text 'Gef. Grenabiere', 'Hornhaut, Schwiele u. Warzen', 'besitzt schneller', 'schmerzlos', 'In Apotheken u. besseren Drogerien erhältlich', 'Gegen Fußschwell und Wundläuse Kukur! Fußbad!'

### Derliches und Sächsisches.

Sonntagsruhe im Verkehrsgewerbe. Die Gewerkebekamer Dresden befürwortete an zuständiger Stelle die Anregung, im Verkehrsgewerbe an Sonn- und Feiertagen neben der erlaubten gewerblichen Arbeit, d. h. der tatsächlichen Beförderung von Personen und Sachen, die Befähigung kaufmännischer Personals bis zur Dauer von zwei Stunden zuzulassen. Wenn von Fuhrunternehmen an Sonn- und Feiertagen im öffentlichen Interesse eilige und leicht verderbliche Güter befördert werden sollen, so müsse notwendigerweise auch eine kaufmännische Kraft zur Erledigung des damit zusammenhängenden Schreibe- und Abfertigungsgeschäfts freigestellt werden. Im allgemeinen werde freilich unter den heutigen Verhältnissen auch im Verkehrsgewerbe die Sonntagsarbeit möglichst vermieden werden.

Kartoffeltagung in Leipzig. Wie uns die Zentralstelle für den Kartoffelhandel, Berlin-Tempelhof, mitteilt, findet am Freitag, den 14. Juli, nachmittags 3 Uhr, im großen Saale des „Lehrer-Vereinshauses“ zu Leipzig, Kramerstr. 4-6, eine Protokollversammlung des sächs.-thür. Kartoffelgroßhandels statt. Der Hauptversammlungsgegenstand bildet das Thema: „Die Wiedereinführung der Kartoffelverflechtungsverträge für das kommende Wirtschaftsjahr, sowie die sonstigen neuen Regierungsmaßnahmen.“

Bahnhöfswirtschaft zu verpachten. Die Bahnhöfswirtschaft in Annaberg a. M. mit Wohnhaus soll vom 1. Oktober 1922 ab neu verpachtet werden. Der Pacht ist nach Prozenten des Jahresumsatzes anzubieten. Die allgemeinen Pacht-

### Im Sonderzug nach München.

Der Reichsverkehrsminister ist nie mein Freund gewesen. Und geworden ist er es wahrhaftig erst recht nicht. Aber ein mal, das ich nicht lüge, kam er mir doch etwas sympathischer vor: damals nämlich, als ich die zwei Fahrkarten (sämlich: Sommer-Sonderzug-Rückfahrkarte) in den Händen hielt, die meine bessere und meine schlechtere Hälfte zu der Fahrt nach München und zurück berechtigen und Summaumarmum 642 Mark und einige Scherereien gekostet haben. „Teuer, sehr teuer!“ werden Sie sagen, lieber Freund, der Sie das Einkommen eines geistlichen Arbeiters kennen und selbst immer hübsch zu Hause bleiben und Ihr Geld auf die Sparkasse tragen, wo es weislos noch etwas langamer anwächst wird. Teuer, sehr teuer — auch wenn man bedenkt, daß ich bloß 75 Proz. des tariflichen Fahrpreises zu bezahlen hatte und von der Bahnverwaltung dafür zwei Sitzplätze (dritter Güte, versteht sich) garantiert bekam. Teuer, gewiß! Aber zu teuer? Lieber Freund, wenn Sie das behaupten, dann kennen Sie München nicht und was dahinter liegt. Dann sind Sie vielleicht mal in Warnschade gerast oder in Damentänzen, aber niemals so recht mit dem Herzen. Dann haben Sie keine Ahnung von dem Reizen als persönlichen Bedürfnis, als gesundheitslicher, kultureller und in gewissem Sinne sogar nationaler Forderung. Jawohl! Und dann reden wir gleich gar nicht mehr miteinander!

In Chemnitz, wo wir den bevorzugten Zug mit etwa 100 Mühsenossen erwarten mußten, wäre ich dem Reichsverkehrsminister allerdings fast wieder böse geworden. Ein Mann, den alle möglichen Absichten als einen höheren Bahndienst charakterisierten, wachte bis zur vorletzten Minute einfach nichts davon, daß die für Chemnitz bestimmten Wagen erst mit dem Sonderzug eintreffen sollten, sondern schon längst auf einem Nebengleis zum Einsteigen bereitstanden. Bis ein anderer Beamter, wahrlich nicht aber das Publikum selbst dahinter kam und diese Wagen fürmte. Wir fürmten mit und hatten uns samt Gepäck eben glücklich untergebracht, als unter Durra und Tücherklappen der Sonderzug von Dresden und Freiberg kommend, in die Halle braute.

Wir werden anhängig und dahin geht's im Schnellzugtempo durch die finstere Nacht. In Glauchau, Zwickau und Reichenbach werden die letzten Fahrkarten ausgenommen. 473, und wenn man die in der letzten Nacht von Leipzig durchgeführten Sonderzug mit einrechnet: rund 1000 „Sachsen“ rollen nach Süden.

Eine bunt gemischte Gesellschaft! Lehrer aller Art, Beamte aller Grade, Anwohner aller Schattierungen. Jung und alt, Männlein und Weiblein. Und doch allen gemeinsam zwei Dinge, die nun einmal zusammengehören auf dieser Bahn: ein magerer Geldbeutel und ein überrollendes, fröhliches Beza. Besonders aber, wenn man auf Reisen geht. Man

braucht nur in den Gesichtern zu lesen, man braucht nur die Ohren aufzumachen, um es von allen Seiten bestätigt zu finden. „Wir kommen billig durch!“ versichern, mehr sich selbst beruhigend als überzeugend, die zwei jungen Bankbeamten, die neben uns sitzen und in zwei riesigen Rückfächer alles verkauft haben, was auf den drei oder vier geplanten Hochtouristen von Wert und Nutzen ist. Ein fotografischer Apparat und ein Bad gewichtiger Platten gehören selbstverständlich auch dazu. Das kleine blonde Fräulein gegenüber, das ich als eine Typmamsell in gehobener Stellung gewiss nicht zu niedrig einschätze, erzählt uns lachend, daß sie doch ganze Jahr hindurch zusammengepackt hat, nur um fest wieder nach München und in die Berge zu fahren. Und dort in der Ecke: das graue, etwas unbeholfene Männlein mit dem großen Brillengläsern auf der Nase — wahrhaftig, es ist der Professor aus dem „Weichen Mühl“, der immer mit dem Hummelwagen fährt und sich so rührend über jede neue Station freut, weil er den „Reisekoffer“ dabei am besten gefahren kann. Ach ja, der Reisekoffer! Wir haben ihn erbt. Aus jedem Gesicht hat er uns getrachtet auf dieser einzig schönen Reise.

In Hof wird für 5 Mark das erste echt bairische Bier genossen. In Regensburg gibt es um gleichen Preis eine Tasse Kaffee, wozu die warmen Würstchen, die der Stadt (mehr noch als die Walschall) zu einem Verlust verfallen, nirgends zu erblicken sind. Inzwischen ist es langsam hell geworden. Der Zug bricht an. Zur Linken die blaue Höhenlinie des bairischen Waldes, recht es ohne Kontinuität weiter über Landsut und Freising. Und um 7 Uhr morgens ist nach 11 Stunden fahrplanmäßig das Ziel erreicht. Aus dem Dunst der Frühe tauchen leuchtend die Fronttürme empor. Während man die letzten Wünsche und Händedrücke austauscht und sich zum Ausladen fertig macht, fährt der Sonderzug langsam in den Hauptbahnhof ein.

Wir sind in München.

Es ist unverantwortlich, ja es ist einfach gefällig, was in den letzten Wochen da draußen im Reich aufgemengert und aufgemengert wurde über die gemüthliche Hauptstadt und ihre ungemüthlichen Preise. Auch in München gibt es natürlich sogenannte „verfallene“ Hotels, wo man in einer einzigen Nacht um 200 bis 300 Mark leichter wird, ohne viel mehr getan zu haben, als einen gefundenen Schlaf. München ist zurzeit aber (vielleicht infolge der erwähnten Abschredungspropaganda!) durchaus nicht so von Fremden besetzt, daß man es nötig hätte, auf diese teuren Gaststätten als letzte Zuflucht zurückzugreifen. Ich habe mich, zum Teil nur der Wissenschaft halber, nach den dortigen Durchschnittspreisen erkundigt. Hier sind sie: Im „Großen Rosengarten“ (einem ausgezeichneten neuen Hotel in der Schützenstraße, 8 Minuten vom Hauptbahnhof) pagt man für ein Bett 66-71, für zwei Betten (Einbettpreis) 148 Mark.

Nicht teurer kommt das Ueberrachten in mindestens einem Dutzend anderer (auf bürgerlicher) Gasthöfe, noch billiger im „Christlichen Hof“. Zwei Tassen Vohmentasse mit Sahne und einem Stück Rühnwürstchen — wie reaktionär, nicht wahr? — kosteten uns im Hofgarten zusammen nur 15 Mark, wozu freilich noch das in München nicht abgeschaffte Trinkgeld tritt, das durch eine freundliche Bedienung in der Regel aber reichlich ausgeglichen wird. Und im Hofbräuhaus, das hinsichtlich seiner Preise entschieden über dem Durchschnitt steht, sind sechs Schweinswürstchen (Gros für die ab 10 Uhr vormittags vergriffenen „Weißwürste“) für 18 Mark und eine herrliche „Maß“ (1 Liter „Dobbräu“ fassend) schon für 12 Mark zu haben.

Gleich anderen berühmten Fremden sind natürlich auch wir dort eingekocht. Die bekannten Köche im Hof waren von Eingeborenen so stark belagert, daß ein Anstellen ohne gegenseitige Behinderung ausgefallen erschien. Deshalb haben wir uns in der großen Trinkstube im ersten Stock niedergelassen und zu den besagten sechs Schweinswürstchen — nein, wieviel Maß wir dazu getrunken haben, das geht auf München zurück, „keinen Menschen nix an“. Aber geschmeckt haben sie, das kann ich versichern. Und nach der zweiten, die noch viel süßiger als die erste die Kehle hinabläßt, wird einem das Aufstehen so schwer, daß man aus purer Bequemlichkeit schon die dritte bestellt. Spätestens dann aber begreift auch der nördliche Fremdling, was man in München Gemüthlichkeit heißt. Ach, diese wunderbare München Gemüthlichkeit, die zwischen einem bürgerlichen Geheimrat und einem anständigen Dienstmann keinen Unterschied kennt. Die sich nicht in Flaschen füllen und exportieren läßt. Die jeden, der guten Willens ist, sofort mit ihrem Zauber umfängt. „Leben und leben lassen!“ Klingt ihre Devise. Sie wird nicht gemacht, sie ist einfach da. Und dort am „Platz“, dort im Hofbräuhaus ist ihre ursprüngliche Heimat. Man darf sie allerdings nicht mißbrauchen, wie ein nobler Herr das tat, der am Abend sich sah und seine abgetragenen Zigarettenstummel in den nächsten leeren „Wahnsinn“ zu werfen beliebte. Aber da kam er recht an! Aber da gab es einen Krach! Aber da konnte man einen Ur-Münchenener eine Volksrede halten hören, die an fränkischer Deutlichkeit nichts mehr zu wünschen ließ und zweifellos mit einer schweren Körperverletzung geendet hätte, wenn der noble Herr nicht augenblicklich verschunden wäre. Seine Handlungsweise ist überall verpönt, in München aber schlicht eine Lobhudele. Denn man wacht dort noch über die Reinheit der heiligen Güter.

„Da seh'n Sie's!“ schloß der Sieger triumphierend den großen Monolog. „Da seh'n Sie's, dö's san die Herru Freig'n!“ Und härter, wie es scheint bekräftigend, rufen die Maßfrage aufammen... Stigmund Graf.

# Verlliches und Sächsisches.

## Der Bezirksauschuh Dresden-Kreisstadt

hielt gestern, Mittwoch, unter dem Vorsitz des Amtshauptmanns de Guerber eine Sitzung ab. Von der Erhöhung des Zinsfußes für die Darlehen des Bezirksverbandes bei den städtischen Sparkassen Dresden-Blasewitz und Dresden-Weißer Hirsch von 4% auf 5% Prozent wurde Kenntnis genommen. Ein Antrag des Gemeinderates zu Radebeul auf Erhöhung der Freigrenze für die Erhebung des sächsischen Miet- und Pachtzinses wurde befürwortend an das Ministerium weitergereicht. Ein Gesuch um Gewährung einer Bezirksbeihilfe zu den Unterhaltungskosten des Realgymnasiums der Pöhnhorst wurde nach längerer Aussprache zurückgestellt bis zu dem Nachweis, daß die auswärtigen Schüler eine Belastung der Schulkosten darstellen und daß die nicht dem Verband angehörenden Gemeinden, die Schüler in die Schule entsenden, zu den Kosten beitragen. Bewilligt wurde eine Bezirksbeihilfe von 50 000 Mk. für die Helfenberger Grundstücke unter der Voraussetzung, daß mit der Arbeit sofort begonnen wird. Weiter genehmigte man u. a. für Radebeul die Errichtung einer Freibad. Bewilligt wurde die Aufnahme eines Darlehens von 280 000 Mk. durch die Gemeinden Wachwitz und Niederpoyritz zum Umbau des gemeinsamen Schulgebäudes. Der Gemeinde Pausa wurde ein Gesuch um Übertragung des Vorlaufrechtes bei Veräußerung von Grundstücken abgelehnt, dagegen die Aufnahme eines Darlehens von 800 000 Mk. durch den Gemeindevorstand für die Gewerbe- und Handelsschule der Pöhnhorstschichten in Radebeul bewilligt. Für die Bezirksanstalt Reuben wurden neue Verpflegungsbeträge festgesetzt. Gegen die Entscheidung des Kreis-ausschusses wegen der Zuzatlersteuer, daß diese nur für das Jahr 1921 gelten solle, soll das Rechtsmittel erhoben werden.

## Das Schicksal der Gemeindeform.

In der letzten Sitzung des Sonderausschusses für Gemeindeform wurde der Abschnitt über die Gemeindeformung zu Ende beraten. Anlaß zu längerer Aussprache bot § 100, der die baldige Sicherstellung berufsmäßiger Gemeindevorstandsmitglieder im Falle ihrer Nichtwiederwahl verlangt. Der Mitberichterstatter Abgeordneter Dr. Häbschmann beantragte, den nach sechs, zwölf oder mehr Jahren nicht wiedergewählten Gemeindevorstandsmitgliedern eine nach der Amtsdauer gestaltete Rente auf Lebenszeit zu gewähren, wie das zurzeit in der Revidierten Städteordnung vorgesehen ist. Der Nebenantrag der Unabhängigen ging dahin, die Hälfte des zuletzt bezogenen Dienstverdienstes nach sechsjähriger Amtsdauer nur auf vier Jahre, nach zwölfjähriger Dienstzeit auf acht Jahre zu gewähren. Vertritt der nach sechs Jahren nicht wiedergewählte Amtsinhaber innerhalb der vier Jahre, so soll sich der Bezug des Witwen- und Waisengeldes auf den Rest dieser Zeit beschränken. Die Abstimmung wurde ausgefällt. — Die Vorlage sieht vor, daß ein Gemeindevorstandsmitglied sein Amt niederzulegen hat, wenn es mit Gefängnis bestraft wird. Ein bürgerlicher Antrag, diese Folge nur an die Verurteilung wegen ehrenrühriger Verhandlungen zu knüpfen und ungewollte Härten auszuschließen, wurde von der Linksmehrheit abgelehnt; angenommen aber wurde der sozialdemokratische Antrag, die erwähnte Folge bei Verurteilungen wegen politischer Verfehlungen nicht eintreten zu lassen. Die Bestimmung der Vorlage, daß die Gemeindevorordneten das Dienstverhältnis trotz der Verurteilung fortzudauern lassen können, wurde bei Stimmengleichheit abgelehnt. Das letzte Wort ist hierüber sicher noch nicht gesprochen. Änderungen bei der zweiten Lesung sind wahrscheinlich.

## Deutsch-spanisch-südamerikanische Woche in Dresden.

In Verbindung mit der Jahreschau Deutscher Arbeit findet vom 17. bis 22. Juli eine deutsch-spanisch-südamerikanische Woche statt. Die Veranstaltung entspringt folgenden Beweggründen: Die spanisch-südamerikanischen Länder waren bis 1914 nach ihrer Geschmacksrichtung hervorragende Abnehmer deutscher Waren, und zwar besonders der deutschen Porzellan- und Spielzeugindustrie. Durch die Unterbrechung des Welthandels ist der deutsche Absatz nach diesen Ländern auf mehrere Jahre so gut wie völlig eingestellt gewesen, und erst seit einigen Monaten machen sich dort Bestrebungen geltend, um namentlich wieder deutsche Waren in gewohnter Ausführung und Qualität zu erhalten. Die spanisch sprechende Kreise interessieren sich daher besonders für die Jahreschau Deutscher Arbeit Dresden 1922. Diese Gelegenheit, die deutsche Produktion der anderen Länder vorzuführen, hat mit dazu veranlaßt, die spanische Welt besonders auf die Jahreschau aufmerksam zu machen und im Rahmen dieser Ausstellung die deutsch-spanisch-südamerikanische Woche zu veranstalten. Verbunden mit diesem rein materiellen, kaufmännischen Prinzip, das heute überall im Vordergrund steht, ist aber gleichzeitig der ideale Plan, die Völker einander näher zu bringen. Der Deutsche hat bisher von den Ländern Südamerikas, bis auf wenige deutsche Kultur-Pioniere, kaum eine Vorstellung von den Reichthümern, die sie beherbergen, welche Einflüsse gerade Deutschland und der deutschen Gelehrten maßgebend gewesen sind, um die südamerikanischen Staaten zu den Gebilden auszuwachsen zu lassen, die sie heute darstellen. Es sei hier nur darauf verwiesen, daß die Auswanderungslust Deutscher seit Jahren sich auf Südamerika konzentriert, und daß diese Länder bestrebt sind, deutsche Arbeitskräfte, die in ihrer Heimat selbst keine Zukunft zu haben glauben und keine Entwicklungsmöglichkeit besitzen, mit offenen Armen aufzunehmen, wenn eine zweckmäßige Verbindung zwischen den einzelnen Ländern, unter Ausschaltung gewissenloser Länder-Spekulanten und Auswanderer-Agenten, hergestellt wird. Um diese Lücke zu überbrücken und um den Deutschen vor allen Dingen einen Einblick in den Volksschatz der einzelnen Staaten zu geben, wird in einer kleinen Ausstellung mit graphischem und Kartenmaterial vor Augen geführt werden, welche Flächen im Vergleich zu Deutschland diese einzelnen Staaten bedecken, welche Bevölkerungszahlen im Vergleich zur Bevölkerung Deutschlands die Möglichkeit einer Ansiedelung bieten, welche Industriellen Deutschlands Export brauchen und umgekehrt, welche Rohstoffe Deutschland beziehen könnte.

Ueber die politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und volkswirtschaftlichen Eigenschaften Südamerikas werden die besten Kenner, die jahrelang in den Ländern selber ihre Studien betrieben haben, zu Beginn der deutsch-spanisch-südamerikanischen Woche Vorträge halten, die für jedermann, und zwar kostenlos, zugänglich sind. Zum gegenseitigen Verständnis wird vor allen Dingen das am 19. Juli beabsichtigte große spanische Konzert beitragen. Es werden hier spanische Originalkompositionen durch das Philharmonische Orchester zu Gehör gebracht, durch die in der Nationalität der Musik der beste Wegweiser für ein tieferes Verständnis gefunden werden kann. Neben dieser großen Veranstaltung wird der vorbereitende Ausschuh Gesellschaftsführungen durch Dresden, seine Sehenswürdigkeiten, seine Reichthümer an Kunst- und kulturhistorischen Schätzen veranstalten, um so dem Ausländer, der Dresden besucht, alte und neue deutsche Kunst und Kultur zu veranschaulichen.

## Der Landesverband Sachsen der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner

(Christlich-national) hatte für den 11. Juli eine Vorstands- und Funktionärssitzung einberufen. Diese nahm u. a. Stellung an der durch die ablehnende Haltung des Reichsfinanzministeriums in Fragen der Erhöhung der Gehälter und Löhne für Beamte und Staatsarbeiter geschaffenen

Lage. Es wurde folgende Entschliessung einstimmig angenommen: „Zur Verhütung weiterer Verleumdung der Beamten, Staatsarbeiter und Angestellten durch die drückende überhöht steigende Teuerung ist eine ausreichende Erhöhung der Gehälter und Löhne und die von den Spitzen der Gewerkschaften eingeleitete Teuerungsoption zwingende Notwendigkeit. Um so unverkündlicher erscheint die Haltung des Reichsfinanzministeriums, das jegliche Verhandlungen mit Rücksicht auf die außenpolitische Lage und, weil gegenwärtig eine Notlage nicht vorliegt, abgelehnt hat. Gegen diese Haltung des Reichsfinanzministeriums wird nachdrücklich protestiert. Die Beamten- und Staatsarbeiterschaft, die die schwere außenpolitische Lage durchaus zu würdigen versteht und infolgedessen auch, was insbesondere den christlich organisierten Teil anlangt, sich immer staatspolitisch eingestellt hat, muß es jetzt ablehnen, daß immer wieder sie die Folgen der außenpolitischen Verhältnisse tragen soll. Die Beamten- und Staatsarbeiterschaft vermag nicht anzuerkennen, daß sie zugunsten der Entente und deren Befehlshabertruppen, von denen selbst dem gewöhnlichen Soldaten schon jetzt das Drei- und Mehrfache des Durchschnittseinkommens eines deutschen Beamten zugesichert ist, dauernd in drückenden wirtschaftlichen Verhältnissen gehalten werden soll. Es wird erwartet, daß das Reichsfinanzministerium diesen Tatsachen nicht länger ablehnend gegenübersteht und alsbald in Verhandlungen mit den Spitzenorganisationen, die eine hinlängliche Einkommenserhöhung für die Beamten, Staatsarbeiter und Angestellten zum Ziele haben, eintritt.“

## Aufruf der heimatgetreuen Oberschlesier.

Ein Teil Oberschlesiens ist endgültig in polnische Herrschaft übergegangen, der andere Teil wurde wieder in deutsche Verwaltung übernommen. Jeder Deutsche gedulde in diesen Tagen mit Liebe aller derer, die dort unten treu zum Deutschtum halten. Alle Oberschlesier, die im Reich heimatreuer sind, haben sich in den Vereinigten Verbänden „Heimatgetreuer Oberschlesier“ zusammengeschlossen, um denen, die unten für das Deutschtum leiden, zu helfen und die Verbindung mit ihnen aufrechtzuerhalten. Die Verbände nehmen jeden, der ein Herz für die Deutschen in Oberschlesien hat, gern in ihre Reihen auf, sie werden um so deutlicher, je mehr Mitglieder sie haben. Oberschlesier und alle Deutschen! Tretet als Mitglieder in die Vereinigten Verbände heimatreuer Oberschlesier ein! Ihr erfüllt damit eine selbstverständliche Pflicht. Meldungen sind zu richten an die Bezirksgruppe Dresden, Ferdinandstraße 17, 1. Der Mindestbeitrag beträgt jährlich 12 Mk.

## Aus amtlichen Bekanntmachungen.

Die Teilnehmerbestimmungen der Stadtiroskaffe Dresden werden wie folgt geändert:  
 1. Verzinsung wird nur für Konten mit einem Mindestbestand von 5000 Mk. gewährt.  
 2. Die nach Punkt 2 der Bekanntmachung vom 12. Mai dieses Jahres eingeführte gestaffelte Gebühr für Einzahlungen von Nichtkunden wird auch berechnet bei Einzahlungen, die bargeldlos erfolgen.  
 3. Bei Auszahlungen an Nichtkunden werden von Beträgen über 100 Mk. bis 1000 Mk. 1 Mk., über 1000 Mk. bis 10 000 Mk. 2 Mk., über 10 000 Mk. bis 50 000 Mk. 3 Mk., über 50 000 bis 100 000 Mk. 4 Mk., und über 100 000 Mk. 5 Mk. Gebühren erhoben. Beträge unter 100 Mk. bleiben frei. Punkt 1 der Bekanntmachung tritt am 1. August d. J., Punkt 2 und 3 treten sofort in Kraft.  
 Verkauf von Altschrott- u. w. Vorräten. Die Altschrott- u. w. Vorräte der Städtischen Straßenbahn usw. sollen veräußert werden. Verkaufsbedingungen und Preislisten in der Kanzlei der Städtischen Straßenbahn, Scheffelstraße 2 a, 2. Stod., Zimmer 18. Dasselbst sind auch die Angebote in verschlossenem Briefumschlag mit der Aufschrift „Angebot auf Altschrottstoffe“ bis zur Eröffnung der Angebote, den 21. Juli, vormittags 11 Uhr, einzureichen. Die Bieter sind bis 5. August 1922 an ihre Gebote gebunden.

Dr. 324  
 Dresdener Nachrichten  
 Gemeindeform, 15. Juli 1922

Seite 5



**Alle Haus Neuerburg-Marken**  
 werden nach *fachwissenschaftlichen*  
 Grundsätzen hergestellt!

Über diese *fachwissenschaftlichen* Methoden, die gerade der Herstellung der Haus-Neuerburg-Erzeugnisse zugrundeliegen, wird eine Folge von kurzen Mitteilungen Aufschluß geben. Inniges Vertrauens mit dem Rohstoff und *fachlich* geschultes Wissen in der Herstellung sichern allen Haus-Neuerburg-Erzeugnissen eine **Sonderstellung**

**Neuerburg**



5. Hochschulsportfest in Dresden.

Unter dem Vorsitz des Rektors der Technischen Hochschule...

Vierdelport.

Ergebnisse für den 18. Juli. Rennen: 1. Rennen: Ostlich, Mahonna...

Kadrennen zu Dresden.

Au dem am Sonntag nachmittags 1/4 Uhr auf der Westfled-

unge-Menschen die leben gleichzeitigen Mannschaften...

Konkurs der Deutschen Radfahrer-Union. In den Tagen...

Ringport.

Ergebnisse der Ringkämpfe im Circus Carrousel am 12. Juli...

Rafenport.

Schlagball-Schulmeisterschaft. Die 1. Mannschaft des V. 1. 2...

Tennis.

Frankfurter Tennisturnier. Das Internationale Turnier...

Regelport.

Sächsisches Bezirksfest in Meichen. Das Interesse der...

Vereinskalender

Dresdner Sportklub. Heute, Donnerstag, abend 8 Uhr...

Brandbrenner des Grubenabbaus in Senftenberg. Zu...

Ein neues Explosionsunglück. Am Mittwoch vormittag...

In dem Explosionsunglück bei Cuxhaven wird noch...

Unangenehmster Tod eines Chemikers. Im Hamburger...

Unangenehmster Tod eines Chemikers. Im Hamburger...

Unangenehmster Tod eines Chemikers. Im Hamburger...

Gesetzlich darf

in MAGGI® Originalflaschen nichts anderes als...



Famillennachrichten

Sächsische Famillennachrichten. Geboren: Dr. Arina Wimmer...

Zur Bewirtschaffung eines kleinen Besitzes

(13 Scheffel Getr. Weiz. Gerst, Obst und 30 Schafw. Woll) wird sofort...

Mamsell

nicht unter 20 Jahren, perfekt im Kochen...

1000 Mark

zähle ich demjenigen, der mit einer angenehmen...

Wohnungen

Wohner, ruhige Dame sucht 2 freundl. möbl. Zimmer...

Seimarbeit,

gegen zeitgemäßen Lohn. Familienanschluss wird gewährt...

Gesucht Ingenieur

zur Leitung einer Reparaturwerkstatt in der Nähe Dresdens...

Mädchen

für Haus- u. Abwaschdient. Privat-Familie...

Grundstücke

Mühle a. Dresden zu kaufen gesucht. Offerten erb. unter...

Geldmarkt

Suchen Sie Hypothek oder barm Kapital auszuliehen...

Heirat

27 Jähr. geb. Am. Arvege. teilsamer, sehr treue...

Tüchtige Verkäuferinnen

für Kleidstoffe für bald gesucht. Warenkenntnis und gute Umgangs-

Stellensuchenden

empfiehlt wir dringend, für Bewerbungen keine Orig.-Zeugnisse...

Landwirtschaft od. Gut

Landwirtschaft od. Gut. Mühle a. Dresden zu kaufen...

Kaufe

zu kaufen sucht zu kaufen sucht tüchtiger Landwirt...

Wirtschafterin

bei hohem Lohn zum 1. 8. gesucht. Zeugnis erforderlich...

Sartonnagen-Seimarbeiterinnen

zur pr. od. auf Zigarettenfabrikationen, suchen...

Scholarin.

18 Jähr. in Stenographie und Schreibmaschine...

Grundstücks-Versteigerung.

Auf die Versteigerung des Garten- und Mühlengrund-

Koffer Taschen Lederwaren

lof, auf 1. Anz., am liebsten auf Versandartikeln...



